

Gǎidào

改道

einen anderen Weg gehen



**No 8
2011**

Editorial

An die Leser_Innen

In der achten Ausgabe der [改道] Gǎi Dào („einen anderen Weg gehen“) setzen wir die Faschismus-Reihe mit Teil 5.2 zum Thema „Außereuropäische faschistische Bewegungen und Regime - zu den faschistischen Bewegungen in den USA, Japan und Südafrika“ fort. Wir freuen uns, euch schon jetzt ankündigen zu können, dass im nächsten Frühjahr alle Artikel der Reihe als gesonderte Broschüre von uns herausgegeben werden wird.

In dieser Ausgabe findet ihr des weiteren einen Artikel und ein Interview zum Thema „Anarchie und Fußball“. An dieser Stelle möchten wir auch insbesondere auf unsere Lesetipps hinweisen. Denn sowohl in der „Barrikade“ als auch in der „Direkten Aktion“ werdet ihr viele weitere interessante Informationen finden.

Diesmal hatten wir nur Platz für eine Gruppenvorstellung. In der aktuellen Ausgabe stellt sich die „Anarchistische Gruppe / Rätekommunisten“ vor. In der nächsten Ausgabe wird sich dann der „AK Libertad“ aus Augsburg, Bayern, vorstellen.

Mit der Veröffentlichung der Beschlüsse des X. Kongresses der //CNT// vom Dezember 2010 in Córdoba bezüglich kollektiver Ökonomie beginnen wir parallel zur Faschismus-Reihe mit einer weiteren kleinen Artikelserie. Dabei geht es um Selbstverwaltete Betriebe, Produktions- und Konsum-Genossenschaften sowie Chancen und Grenzen bei der Transformation der Gesellschaft. Uns ist bewusst, dass diese Diskussion innerhalb der anarchistischen Bewegung nicht neu ist, aber wir halten sie für so wichtig, dass wir die verschiedenen Aspekte darstellen wollen.

Wir freuen uns auch sehr, dass wir ab der Septemбераusgabe ein umfangreiches Interview mit einem Anarcho-Syndikalisten aus Ägypten veröffentlichen können. Die „Freunde und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft“ habe es uns überlassen. Und wo wir schon bei einem kleinen Ausblick auf die Septemhernummer sind: Es wird dort auch eine „solidarische Kritik am Anarcho-Syndikalismus“ zu finden sein, die hoffentlich eine rege Diskussion einleiten wird.

Zu guter Letzt:

In der vergangenen Ausgabe der [改道] Gǎi Dào hatten wir euch gebeten, uns ein paar kleine Fragen zu beantworten. Leider haben wir darauf nur sehr wenig Reaktionen erhalten. Darum wiederholen wir unseren „Aufruf an die Leser und Leserinnen der [改道] Gǎi Dào“ einfach: wir benötigen eure Hilfe. Nicht nur, dass wir immer auf der Suche nach Menschen sind, die uns mit Texten, Terminen, Bildmaterial u.v.a.m. versorgen. Nein, wir wollen auch von euch wissen

- * wie euch die [改道] Gǎi Dào gefällt
- * ob ihr sie ausdruckt und weiterverteilt
- * ob ihr euch wünscht, dass wir als gedrucktes Magazin erscheinen
- * ob euch die monatliche Erscheinungsweise ausreicht
- * was ihr darüber hinaus schon immer an der [改道] Gǎi Dào loben oder kritisieren wolltet
- * was ihr schon immer der Redaktion sagen wolltet

Ihr erreicht uns per Mail unter fda-ifa@free.de oder auf unserem Blog: gaidao.blogspot.de

In diesem Sinne wünschen wir uns und euch viel Spaß mit der Nummer 8 der [改道] Gǎi Dào!

Eure Redaktion

Keinen Staat, sondern Räte wollen wir!

Selbstdarstellung der Anarchistischen Gruppe / Rätekommunisten

Auch wir wollen diese Gesellschaftsordnung nicht mehr ertragen! Auch wir wollen nicht mehr, dass unser Leben in einem von Gesetzen und aufgezwungenen Normen, von Hierarchien und ökonomischen Zwängen vorgegebenen Rahmen verläuft. Auch wir wollen nicht mehr, dass die einen für den Gewinn der anderen arbeiten. Und auch wir wollen nicht, dass Menschen aufgrund von Geschlecht, Ethnie oder sexueller Orientierung diskriminiert werden. Deswegen wollen wir den Kapitalismus und jede Form von Unterdrückung abschaffen!

Jede Fremdbestimmung wird abgeschafft, die Menschen werden ihr Leben in die eigenen Hände nehmen. An die Stelle der bisherigen Klassenherrschaft kann ein Rätesystem treten, mittels dessen die örtlichen Kollektive Herstellung und Verteilung von Gütern planen und durchführen. Die Menschen können auf diese Weise die Gesellschaft selbstbestimmt von unten nach oben organisieren. Dafür braucht es keinen Staat mit seinen Machtinstrumenten, keine Kapitalisten, die die „Verantwortung tragen“, aber auch kein Geld und keine Warenwirtschaft.

Um eine freie Gesellschaft zu erkämpfen, braucht es mehr als nur guten Willen. Organisierung ist dafür notwendig, aber eine, die unsere Utopie einer befreiten Gesellschaft schon enthält. Uns nützen keine autoritären Strukturen und hierarchischen Organisationen. Eine von jeder Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft kann nicht erstritten werden von Parteien, die selbst hierarchisch aufgebaut sind und damit die Herrschaftsprinzipien der heutigen Klassengesellschaft übernehmen, statt sie aufzuheben. Natürlich sehen wir auch, dass wir noch meilenweit von einer solchen Organisierung der RevolutionärInnen entfernt sind, aber schon jetzt spricht nichts dagegen, sich in Basisgruppen zusammenzutun und sich zu vernetzen.

Von den Anfängen bis heute

Als wir, eine Handvoll Jugendlicher, unsere Gruppe 1983 gründeten, dachten wir, diese Ideen (die

schließlich nicht nur wir vertraten), müssten doch die Massen genauso begeistern können, wie uns auch. Wir merkten aber schnell, dass es so einfach nicht war. Die „Massen“ dachten gar nicht daran, „Revolution zu machen“. Die fortschrittlicheren Kräfte waren vielmehr mit Abwehrkämpfen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen beschäftigt. Auch wir beteiligten uns immer wieder (und tun es immer noch) an sozialen Kämpfen, versuchten, die Kritik am deutschen Imperialismus zu stärken und machten mit bei Bündnissen gegen Naziaufmärsche und rechtspopulistische Hetze. Außerdem sind wir beteiligt an der Herausgabe der Zeitschriften Lokalberichte Hamburg und den Antifaschistischen Nachrichten (www.antifaschistische-nachrichten.de). Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten an den unterschiedlichsten Treffen und Bündnissen beteiligt und viele Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit anderen Linken gesammelt.

Wir halten es für ausgeschlossen, dass eine einzige Strömung der Linken jemals so stark werden kann, dass sie allein die Revolution herbeiführen könnte. Wenn wir jemals gesellschaftliche Relevanz erlangen wollen, wird das nur im Zusammenwirken der unterschiedlichen Vorstellungen gelingen können, wie eine andere Gesellschaft erreicht werden kann, wie sie konkret gestaltet werden soll, was die wichtigsten Themen der Erhebung sind. Trotz aller Unterschiede haben die verschiedenen Denkströmungen der radikalen Linken – AnarchistInnen, AnarchosyndikalistInnen, Autonome, Post-Autonome, kritische MarxistInnen, OperaistInnen, Räte- und LinkskommunistInnen etc. – viel mehr gemeinsam als sie trennt. Antikapitalismus und Basisorientierung sind bei vielen Konsens. Viele Personen oder Gruppen, die noch in den 80er Jahren vom Marxismus-Leninismus geprägt waren, haben sich inzwischen oftmals von den einstigen autoritären Dogmen gelöst und sich antiautoritären und basisorientierten Gedanken angenähert. Deswegen sind strömungsübergreifende Debatten, Demos, Veranstaltungen ... – kurz: Bündnisse, Austausch, Kooperationen – für uns ein ganz

wichtiger Faktor. Wir wollen eine engere und verbindlichere Zusammenarbeit all dieser RevolutionärInnen.

Problematischer und daher auch nur punktuell und anlassbezogen sehen wir die Zusammenarbeit mit Organisationen, die diesem System immer noch etwas abgewinnen können und es verbessern, aber nicht abschaffen wollen, und die sich an staatstragenden Parteien oder Institutionen orientieren. Schwierig finden wir auch die Kooperation mit Gruppen, die immer noch den Aufbau einer bolschewistischen Avantgardepartei anstreben und sich mit ihrem Führungsanspruch rücksichtslos gegen andere verhalten. Diese Kräfte können sich „Befreiung“ ausschließlich als ökonomische Kategorie denken und haben keinen emanzipatorischen Kern. Uns nerven aber auch jene Traditionshüter, die ihre anarchistischen Ideen wie eine heilige Monstranz vor sich hertragen und zuerst immer nach der Differenz zu den MitstreiterInnen fahnden, deretwegen mensch dann leider nicht zusammen arbeiten könne. Da ist uns die Suche nach Gemeinsamkeiten wichtiger...

Und jetzt?

Viele Menschen erkennen die Nachteile des bestehenden Systems. Sie erleben sie schließlich tagtäglich. Ihnen fehlt aber eine Alternative, also die Perspektive einer neuen, freien und besseren Gesellschaft. RevolutionärInnen haben auch die Aufgabe, diese zu formulieren und in gesellschaftliche Auseinandersetzungen reinzutragen. Aber leider hat sich in den letzten Jahren in den radikalen Bewegungen eine inhaltliche Verflachung und Unschärfe entwickelt. Zwar ist bei vielen der Rätegedanke noch Konsens, aber einige nähern sich einem aktionsorientierten Nihilismus an und wollen oder können nicht mehr formulieren, für was sie stehen. Wieder andere versuchen, dieser Orientierungslosigkeit zu entfliehen und holen Gespenster wie Lenin und seinen „demokratischen Zentralismus“ aus der Mottenkiste.

Wir werden weiterhin betonen, dass der Kapitalismus die Ursache für entfremdete zwischenmenschliche Beziehungen, lebenslange Lohnarbeit und auch für Kriege und Umweltzerstörung, für Armut und Hunger ist. Wir wollen uns künftig aber auch darum bemühen, wieder emanzipatorische, antiautoritäre Ideen zu stärken. Wir wollen damit einen Beitrag zum Aufschwung einer antistaatlichen und klassenkämpfe-

rischen Linken leisten und hoffen, dass sich mehr GenossInnen in kapitalismusfeindlichen und antiautoritären Gruppen organisieren. Heute denken wir immer noch, dass diese Ideen die Massen begeistern müssten!

|| Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten,
Hamburg im Sommer 2011

Website: agr.de.vu

Kontakt: agr@nadir.org



Kollektive Ökonomien und selbstbestimmte Projekte

Schaffung von selbstbestimmten Produktions-Konsum-Initiativen, die den Gewerkschaften gehören

Vorwort der Redaktion: Wir geben die Beschlüsse des X. Kongresses der CNT vom Dezember 2010 in Córdoba bezüglich kollektiver Ökonomie wieder, in der Hoffnung, dass sich auch im deutschsprachigem Raum daraneine zukunftsweisende Diskussion entspinnt.

2.3.a. In Bezug auf die Produktion

Ausgehend von einer Analyse der Projekte vom Typ Selbstbeschäftigung oder Kooperativen, gibt es eine Ähnlichkeit, die gut sein Verständnis illustrieren kann:

Ein Lohnarbeiter hat unter den Bedingungen zu dienen, die ihm sein Patron auferlegt; wenn man auf eine autonomen Weise arbeitet, befreist du dich nicht, denn die Bedingungen erlegen dir Markt und Staat auf (soziale Absicherung, branchenspezifische Gesetze, Steuer, Ausschied aus dem Arbeitsleben, Quoten der Zwangsproduktion, Subventionen zu bestimmten Bedingungen,...) Das gleiche geschieht in einer Produktionskooperative: Nach innen kann es sehr horizontal sein, aber nach außen muss man sich den Bedingungen des Marktes unterwerfen, und soweit auch dem Kapital. Folglich kann eine unternehmerische Unterklasse entstehen oder eine freiwillige Selbstausbeutung. Um diese Art von Produktionsprojekten mit einem emanzipatorischen Potential auszustatten in Übereinstimmung mit unseren Prinzipien, Taktiken und Absichten, ist es notwendig, den Produktions-Konsum-Kreis zu schließen, auf die Weise, dass das Instrument des Austausches nicht der Markt ist (was Isaac Puente in seinem konföderalen Konzept des Libertären Kommunismus als „Mittel oder Zeichen des Tausches“ bezeichnet). Dies impliziert, dass die produktiven Projekte aus den Gewerkschaften heraus entstehen und nicht außerhalb von diesen und dass sie außerdem einen kollektivistischen Charakter haben müssen, und keinen Kooperativen-Charakter.

Das Konzept der Kooperative ist eine Umwandlung oder Verunglimpfung des Konzepts des Kollektivismus, in seiner ursprünglichen Idee des Humanistischen Sozialismus, gegossen und konkretisiert in den Grundsätzen der Internationale, deren Prinzipien die C.N.T und der Anarchismus ererbt haben. Der Begriff Produktions- und Konsumkooperative, wie er in der Mehrheit der Übereinkünfte von Gewerkschaften verwendet wird, die diese unterstützen, hat Funktions- und Zielklärungen zur Folge, die uns Anlass geben, sie zu identifizieren mit dem eigenen kollektivistischen Inhalt der anarchosyndikalistischen Bewegung. Damit übernimmt sie als Definition in allen Fällen den Begriff **KOLLEKTIVITÄT VON PRODUKTION UND KONSUM.**

Folglich weisen wir das Kooperativenwesen als Ziel zurück, da seine eine Dynamik dazu führt, sich als neue Unternehmer oder als freiwillige Selbstausbeutung in die Kapitalistische Gesellschaft zum Wohl von Markt und Staat zu integrieren. Die Produktions- und Konsumkollektivitäten, die aktuell geschaffen werden können, müssen nicht als direktes und absolutes Mittel betrachtet werden, um die Emanzipation der Arbeiter zu erreichen. Diese können hilfreich sein, auf indirekte Weise unsere Versorgungsprobleme zu erleichtern, und andererseits einige Vorhaben, die die Fähigkeit zur Selbstorganisation der Arbeiter, die Zwischenhändler, Lagerhalter, Spekulanten, etc. beseitigt, zeigt, praktisch werden lässt. Diese Produktions- und Konsum-

Kollektivitäten sind keine Projekte der Selbstbeschäftigung, noch Kooperativen; stattdessen wird die Arbeit vorangebracht durch die freiwillige Teilnahme der Komponenten der Kollektivität.



Die Produktions- und Konsum-Kollektivitäten, teilen sich – gemäß ihrer Aktualisierung in früheren Kongressen – in zwei Abschnitte:

a) Fälle von Industrien, die kollektiviert wurden, weil der Patron sie geschlossen hatte, oder wegen Missbrauch, etc, in denen die Konditionen, in denen sie hinterlassen wurden, wie die Abhängigkeiten von anderen Industrien in Bezug auf die Versorgung mit Rohmaterialien bzw. wie die Distribution der Produkte, von besonderer Bedeutung sind.

b) Der andere Fall, gemäß der Beiträge, sind die Kollektivitäten der landwirtschaftlichen Produktion, die betrachtet werde als bedeutender Abschnitt der Alternativen zum Agrarproblem.

Die Grundlagen für die Organisation der Kollektivitäten sind gesetzt durch die Funktion, sich als Gewerkschaft in der Mehrheit zu fühlen, was übereinstimmt mit dem Prinzip der landwirtschaftlichen Implantation, als aktuell aussichtsreichste Möglichkeit. Dieses System der Organisation, Ziele, etc., ist adaptierbar zu jeder Produktions- und Konsum-Kollektivität, die in einer zukünftigen Gesellschaft geschaffen werden kann. Da eine erschöpfende Untersuchung über die Geschichte und technische Charakteristiken der Kooperativenbewegung fehlt, präzisiert sich eine Orientierung

generellen Typs heraus für das Funktionieren dieser Produktions- und Konsum-Kollektivitäten. Angesichts der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur fördern wir Anarchosyndikalisten die Produktions- und Konsum-Kollektivitäten, allerdings nicht als absolutes Mittel, die Emanzipation der Arbeiter zu erreichen. Unter Beachtung, dass sein Funktionieren an der Basis erfolgt, darf es in keinen Moment verwechselt werden mit dem offiziellen Kooperationsystem, das dazu tendiert das Konzept des Kleinunternehmers zu reproduzieren. Die generelle Strukturierung behandelt das folgende:

Sie wird ausgehen von kleinen Kernen (Gewerkschaften, lokale Föderationen, etc.), um sich auf natürliche Umgebungen auszudehnen (Kreise, Provinzen, Regionen, etc.).

Ihre Struktur wird jene sein, die weder kontrolliert noch assimiliert werden kann durch das System.

Ihre Koordination wird föderalistisch sein, unter Erhalt der Autonomie der Kerne.

Ihr Funktionsregime wird selbstbestimmt sein.

Ihr Ziel wird nicht bereichernd sein, sondern die Erträge werden in die Kollektivität und die Gewerkschaft investiert.



Die Eigentümer der Produktions- und Konsum-Kollektivitäten werden die Gewerkschaften sein, lokale Föderationen, etc. und nicht die Organisation als Einheit.

Man wird die organische Strukturierung für die Entwicklung, Unterstützung und Implementierung der Produktions- und Konsum-Kollektivitäten nutzen.

Die CNT kann mit ihrer aktuellen Organisationskraft nicht alles übernehmen und muss klar haben, worauf und wie sie setzt. Wir sehen es als lebensfähig an, – ohne andere Sektoren benachteiligen zu wollen – im Agrarbereich zu beginnen, wegen der vorherigen Ausführungen und weil es einer geringeren Kräftekorrelation bedarf, um Zugang zur Übernahme der Produktionsmittel zu haben. Die Projekte, die glauben, dass die Gewerkschaften dazu dienen sollen, um den anarchosyndikalistischen Kampf zu integrieren, indem man Erfahrungen erlebt, die die Idee von der Notwendigkeit der Revolution potenzieren, Propaganda der Tat, die dazu dient den anarchosyndikalistischen Kampf zu unterstützen (Deckung von Bedürfnissen in Fällen von Wirtschaftskrise, Unterstützung von Repressionsopfern, Unterstützung von Streiks ...).

2.3.b. In Bezug auf den Konsum

Angesichts der kapitalistischen Kommerzialisierung müssen wir für unverzügliche Beseitigung der Zwischenhändler kämpfen. Lasst uns zu den Kapitalisten alternative Vermarktungswege potenzieren. Lasst uns versuchen, aufs höchste die Gewerkschaftsstrukturen für diese Distribution zu nutzen. Dies muss logischerweise begleitet werden von einem Netz aus Kollektiven und kollektivierten Konsumgenossenschaften, die sich mit diesen Produkten versorgen und eine Lösung bieten, indem sie so ein Beispiel abgeben für eine Konsumentenorganisation. (V Kongress, Punkt 8.7.3 b) Mögliche Alternative Linien). Das Modell der Konsumgenossenschaften wird allmählich bekannt unter dem Kürzel GAKs (Grupos autónomos de consumo – Autonome Konsumgruppen). In den Kooperativenprojekten, die ausschließlich auf dem Konsum basieren, stärkt man den kleinen (oder nicht so kleinen) am meisten ökologischen, fairen, gerechten Unternehmer, aber immer noch schließlich und endlich Unternehmer.

Das Konzept der GAK kann auch verstanden werden als Teil einer Adaption oder Kontextualisierung des gewerkschaftlichen Labels. Wir denken, dass die Schaffung von GAKs in den Gewerkschaften ein Schritt vorwärts in die Praxis wäre, aber nur in dem Sinn, dass Produktion und Konsum die beiden Seiten der gleichen Münze sind und es folglich notwendig ist, in beiden Einfluss zu gewinnen. Trotzdem haben wir viele Vorbehalte, denn angesichts auf die reale Evolution, den die Konsumgruppen genommen haben in den Zonen, wo sie sich am meisten entwickelt haben (Madrid, Katalonien, Andalusien, etc.), sehen wir einen Rückschritt in der Klarheit und dem Verständnis in der Fragestellung „Kooperative versus Kollektivismus“ in Bezug auf den V. Kongress. Wir verstehen, dass die GAKs niemals ein Ziel der CNT sein können, sondern eine Taktik innerhalb der aktuellen Situation, nicht die Produktion und den Konsum versorgen und koordinieren zu können mittels der Branchenföderationen. Um unseren Prinzipien, Taktiken und Ziele gerecht zu werden, muss sich jenes Werkzeug erneut auf den Kollektivismus richten, auf die Überwindung des Zwischenhandels über den Markt, mittels dem Versuch, das Geld auf ein Mindestmaß zu reduzieren zu Gunsten von Vereinbarungen, die auf einer geplanten und teilhabenden Befriedigung der Bedürfnisse basieren. Deshalb können sich die GAKs die Prinzipien, Taktiken und Ziele der CNT aneignen. Natürlich nicht nur dem Namen nach, der von Konföderierten Konsumgruppen sein könnte, sondern auch durch die Definition des Ziels und der Funktionsweise. Auf die gleiche Weise, wie die Produktionsprojekte den Kreis hin zum Konsum schließen müssen, so müssen die Konsumprojekte voranschreiten in Richtung der Kollektivierung der Produktionsmittel. Mittel der GAK können Pakte mit den Produzenten geschlossen werden, indem verschiedene Beziehungsoptionen aufgezeigt werden je nach Fall, um zu Vereinbarungen zu kommen mit denen nach und nach die Produktion und der Konsum sich als gegenseitig teilhabend summieren. Aber über den Konsum können auch Kampfkongflikte etabliert werden, in denen bestimmte Bedingungen eingefordert werden, wie es sich aufzeigen lässt anhand historischer Fälle innerhalb der Anarchosyndikalismus, wie die Konsumstreiks um das Brot, Boykotts gegen des Missbrauchs der Ladenbesitzer oder Mietstreiks.

2.3.c. Fragestellungen, die berücksichtigt werden müssen für die ökonomischen Projekte innerhalb der CNT hin zum Aufbau einer ökonomischen Alternative zum Markt und Staat.

Wir glauben, dass die Fragestellungen dieses Entwurfs erwachsen müssen aus der Debatte und den Beiträgen der Gesamtheit der Organisation in Bezug auf die ökonomischen Projekte der CNT, im Bewusstsein, dass wir einen libertären Kommunismus nicht erreichen werden ohne die soziale Revolution. In der Form, wie wir von der Wirtschaft reden, meinen wir die Befriedigung der Bedürfnisse, ausgehend von den Ressourcen, über die wir verfügen; also muss das Ziel der ökonomischen Aktivität keines sein mit einem monetären Charakter. Das heißt, es können produktive Projekte realisiert werden wie z.B. die Herausgabe von Büchern oder anderen für die Verkauf bestimmte Materialien, aber sie können auch in dem Sinn realisiert werden, die Gewerkschaften mit den Materialien auszustatten, die wir für notwendig erachten.

2.3.c.1. Eine kollektive Ökonomie.

Angesichts des Individualismus, eines der essentiellen Charakteristiken des Kapitalismus. Alle weiteren Grundlagen müssen erschaffen werden aus dieser Logik des Kollektiven. Diese Option soll jedoch nicht den Respekt vor der Person und die freie Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Kreativität im Zusammenleben mit den anderen gering schätzen.

2.3.c.2. Konsens in Bezug auf die Grundprinzipien.

Klare Grundlagen setzen, die schriftlich festgehalten werden, damit man nicht konstante Diskussionen hat und es keinen Raum gibt für unzählige Interpretationen. Dies impliziert, die grundlegenden Fragestellungen zu vertiefen, bis man zu einem Konsens kommt. Dafür ist ein vorheriges gegenseitiges Kennen der Personen, die Teil des Projekts sein wollen, erforderlich.

2.3.c.3. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen als Ziel.

Von einer Untersuchung der Grundbedürfnisse

(materielle und nicht materielle) ausgehen, um schon die Planung abdecken zu können, muss man auf Grundlage dieser vorangehen. Planen bedeutet nicht nur das Was und das Wann, sondern auch das Wer und das Wie und deshalb eine Vorbildung über die notwendigen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten. Die Deckung von Grundbedürfnissen impliziert den Verzicht auf oberflächige Bedürfnisse (seien es eigene der Teilnehmer oder andere in dem Fall, wenn man was „für draußen“ produziert). Es ist fundamental, dass die Planungen sich der Realität anpassen und dass man, um gesammelte Erfahrungen nutzen zu können, periodisch Auswertungen macht. Es müssen nicht nur die geplanten Aktivitäten in Bezug auf die Erreichung kurzfristiger Ziele evaluiert werden, sondern auch betrachten, in welchem Grad das Realisierte sich den Prinzipien, Taktiken und Zielen der CNT annähert und auf ihrer Wirkung in der gewerkschaftlichen Aktivität. Als letztes ist eine Überarbeitung der Planung immer in Funktion auf die Ergebnisse der Evaluierung erforderlich.



2.3.c.4. Selbstbestimmung.

Die Unabhängigkeit in Bezug auf alle Formen der Macht ist Konsequenz einer Haltung, die in jedem zum dominierenden System alternativen Projekt präsent sein soll: konstant gegen die Macht zu sein. Die Entscheidungsfindung muss in Versammlungen gemacht werden, von denjenigen, die Teil des Projekts bilden. Aber auch das Versammlungswesen ist nicht durch sich selber frei von den gleichen Formen der Macht. Um in Gleichheit entscheiden zu können, ist es notwendig, über Kommunikationsformen zu verfügen, in denen die ganze Welt Zugang zur Information hat. Es gibt keine Horizontalität, wenn die Entscheidungen zwar in Gleichheit gefällt werden, aber die Beteiligung nicht in Gleichheit geschieht, denn dann entscheiden einige Personen, was die anderen zu machen haben. Auch wenn jeder an der Entscheidungsfindung teilhaben sollte, in der Weise, wie er von dieser betroffen ist, so soll bei grundlegenden Fragestellungen die Gewerkschaft das letzte Wort haben.

2.3.c.5. Gegenseitiges Lernen.

Der Grad an Erfahrungen und Kenntnissen beeinflusst alle weiteren geschaffenen Grundlagen:

Davon, wie Entscheidungen gefunden werden, hin zu unserer Beziehung zur Umwelt. Es ist fundamental, Räume für kollektives Lernen zu schaffen; oder besser noch, dass innerhalb derselben Entwicklung der Aktivitäten Lernmöglichkeiten erleichtert werden (dafür muss man dies bei der Planung der Aktivitäten berücksichtigen) und so auf alle Felder auf transversale Weise gebracht werden.

2.3.c.6. Nicht spekulative Aktivität.

Jegliche Aktivität des Zwischenhandels mit Gewinnerzielungsabsicht ist konträr zur direkten Aktion und hat keinen ökonomischen Charakter, sondern einen spekulativen. Deshalb hat die CNT sich niemals daran beteiligen wollen (der Transport jedoch gilt als ökonomische Aktivität).

2.3.c.7. Stabilität unabhängig von Wachstum.

Im Gegensatz zu dem, was im Kapitalismus geschieht, soll für das Überleben kein konstantes Wachstum erforderlich sein müssen. Dafür muss die Obsession auf ein Mengenwachstum eliminiert werden und mehr gedacht werden an die Multiplizierung der Aktivitäten und ihrer Verbündung (Föderation), genauso wie an ein qualitatives Wachstum, in der Weise, wie die Grundprinzipien in die Praxis geführt werden.

2.3.c.8. Zugang zu den Produktionsmitteln.

Die Produktionsmittel sind nicht nur materielle, sondern auch Kenntnisse, Beziehungen, etc. Eine Alternativökonomie darf nicht darauf basieren, die traditionellen Produktionsmittel für die kapitalistische Entwicklung zu erlangen, auf die einfache Weise „nimmt sie in andere Hände“ (z. B. würde es keinen Sinn machen, die energetischen Bedürfnisse in selbst zu bestimmen, in dem man ein Atomkraftwerk besetzt). Es gibt Produktionsmittel, die genau für die Wiederaneignung geeignet sind, nämlich die, die in der Hand der herrschenden Klasse sind, und andere, die man sich wieder aneignen muss, weil sie entwertet wurden oder zum Vergessen verurteilt wurden. Genauso müssen die Kräfteverhältnisse in der Kontrolle der natürlichen Ressourcen verändert werden; aber andere Produktionsmittel wie die Kenntnisse von der Natur oder die Fähigkeit zur Selbstorganisation, bedürfen kollektiver Lerngruppen, um sich kleinbäuerliche Kenntnisse, die lokalen Gegebenheiten angepasst wurden, sowie das historische Gedächtnis der Kämpfe unserer Organisation wieder anzueignen.

2.3.c.9 Präferenz für die Nutzung einfacher Technologien.

Die eingesetzten Technologien dürfen weder neuen Notwendigkeiten noch Abhängigkeiten generieren. Beim Effizienzgrad (erzielte Ergebnisse im Verhältnis zu eingesetzten Ressourcen) müssen wir bezüglich der Ergebnisse die nicht erwünschten Effekte und den Typ der reproduzierenden sozialen Organisation einbeziehen und bezüglich der eingesetzten Ressourcen nicht allein den Moment ihrer Nutzung behandeln, sondern von der Verkettung/Akkumulierung realer vorheriger Kosten. Es ist fundamental, bewährte Kenntnisse wieder zu er-

langen bezüglich Autonomie und Effizienz aus anderen Epochen und Kulturen und verschiedene Produktionsweisen im Sinn haben (nicht idealisieren). Der Einsatz anderer Technologien darf erst nach einer gründlichen Untersuchung ihrer Wechselwirkungen stattfinden und es darf die Verwendung derselben ausgeschlossen sein.

2.3.c.10. Ein ausgewogenes Verhältnis mit der Natur.

Dieses beginnt, indem man die realen ökologischen Kosten des Produktes berücksichtigt. Einerseits muss der Verbrauch von Rohmaterialien und Energie im gesamten Prozess die Regenerationsfähigkeit der eingesetzten natürlichen Ressourcen respektieren. Andererseits müssen uns die nicht erwünschten Wirkungen und die Verschlechterung, die unsere ökonomische Aktivität bei der Selbstregulierung des natürlichen Systems erzeugen, bewusst werden. Das natürliche System muss wieder gewonnen werden, unter anderem aus dem Grund, dass in letzter Instanz aus ihm alles Notwendige für das Leben und seine Reproduktion erwächst.

2.3.c.11. Interaktion mit dem sozialen Kontext.

Ein Projekt kann nicht eingeschlossen sein, sondern muss herausreichen in den Rest der Gesellschaft. Ebenso, weil der Kapitalismus nicht nur ein ökonomisches System ist, sondern sich auf die Beherrschung aller Aspekte des sozialen Lebens erstreckt, ist es notwendig diesen ökonomischen Kampf einzufügen in die breiteren Prozesse der Kämpfe, die die CNT unterhält.

2.3.c.12. Die natürliche Tendenz auf Grundlage unserer Ziele ist, uns von der Beziehung zum kapitalistischen Markt abzulösen.

2.3.c.13. Teilhabe an einem wirtschaftlichen Netz der gegenseitigen Unterstützung.

Es ist sehr schwierig für ein isoliertes Projekt, all seine Bedürfnisse abzudecken. Deshalb ist es für die Zukunft wesentlich, dass sich eben diese (Projekte) mittels des organischen Bereichs und Flussbettes koordiniert, indem Allianzen mit anderen Projekten, Förderationen, Personen und verwandten Gruppen geschlossen werden, indem man die gegenseitige Unterstützung ausdehnt.

2.3.c.14. Der Einfluss des Ökonomischen im Nicht-Ökonomischen.

Das Ökonomische ist nicht alles. Es gibt Probleme, die die Ökonomie beeinflussen aber nicht vom Ökonomischen aus gelöst werden können. Ohne eine Veränderung auf kultureller Ebene, der Werte, des Bewusstseins und der Formen, wie wir in Beziehungen treten, wird eine Alternative des Entwurfs nicht machbar sein. Angesichts eines persönlichen und eines kollektiven Wohlergehens muss es ein Gleichgewicht geben, auch zwischen dem, was man denkt, fühlt und macht.

2.3.c.15. Die Ausnahme bestätigt nicht die Regel.

Manchmal bleibt in der Praxis kein anderes Heilmittel übrig, als eine oder mehrere der zuvor gesetzten Grundlagen nicht zu erfüllen. Diese Entscheidungen brauchen aber nicht die Zukunft des Projektes gefährden, wenn man sie auf sehr bewusste Weise und mit gewerkschaftlichem Wissen berücksichtigt. Folglich soll man, werden Präzedenzfälle geschaffen, noch dahin kommen, es in etwas Gebräuchliches zu verwandeln. Außerdem ist es unerlässlich, dass man – wenn sich die nächsten Male von neuem die besagten Situationen auftun – sich von dem Kompromiss begleiten lässt, immer nach neuen Lösungen kohärent zu den Prinzipien der Organisation zu suchen. Dies ist insbesondere wichtig, wenn etwas im Entstehen begriffen ist, auf behutsame Weise allmählich dazu kommt, die Dinge so zu machen, wie wir sie wirklich wollen.

2.3.c.16. Damit es funktioniert.

Anders gesagt, dass man die Ziele erfüllt, die sich die Organisation setzt. Wenn es nicht funktioniert, soll man sich nicht entmutigen lassen, sondern herausfinden, ob der Fehler darin besteht, dass das eigene Projekt (Grundlagen, Planung) falsch formuliert wurde, oder besser, dass der Fehler in seiner Entwicklung liegt.



Freistoss für die Anarchie! Fussball für Anarchist*innen!!



„¡Si no puedo jugar al fútbol, no quiero nada con tu revolución!“.

Fußball für Anarchist*innen? Dieses Multimillionengeschäft, dieses nationale Gedröhne, mit Leistungs- und Wettbewerbsgedöns als Opium fürs Volk?! – Dies ist der Fußball des „Spektakels“!

Dabei ist dies eine Sportart, die anders als bei den Individualsportarten wie Radfahren oder Laufen u.ä. als Mannschaftssportart durchaus soziale Lernerfahrungen bietet bzw. soziale Werte transportieren kann – und Erfolg der jeweiligen Mann- bzw. Frauschaft

So können wir das Fußballteam als einen sozialen Mikrokosmos sehen, wo Menschen zusammenkommen, ein Kollektiv bilden um etwas zu erreichen.

Zumindest war dies in der Vergangenheit für viele anarchistische Arbeiter*innen z.B. in Argentinien Anlass genug, sich dafür in so genannten Sport- und Sozialklubs zu treffen. Hier waren es vor allem die Einwanderer aus Europa, die sich Sonntagnachmittag zum Fußball und am Abend dann zum Tangotanz trafen – anfangs sehr zum Leidwesen der jeweiligen anarchistischen Organisationen. So schrieb die „La Protesta“ 1917 über eine „verderbliche Verdummung durch Tritte gegen ein rundes Objekt“ und verglich es mit der Religion „Kirche und Fußball – Opium fürs Volk“.

Als jedoch in jedem Stadtteil die ersten Fussballclubs entstanden, änderte sich schnell die Meinung und es bildeten sich Mannschaften mit illustren Na-

men wie z.B. „Die Märtyrer von Chicago“, die sich später in „Argentinos Juniors“ umbenannte, mit einem großen A bei „Argentinos“ und in den schwarzen und roten Fahnen der Anarchie. Was regelmäßig zu Polizeieinsätzen führte, war doch um diese Zeit jeder Hinweis auf den Anarchismus verboten.

Ein neues Bewusstsein entstand, Fußball als eine Gemeinschaft, wo Kommunikation und Zusammenhalt geübt werden konnte – ein weiteres Element in den sozialen Kämpfen, neben den Streiks, der „direkten Aktion“, den Organisationen, Kultur- und Arbeitsvereinen nun die sportlichen Klubs, die körperlich, mental und sozial den Widerstand verstärkten.

Es entstanden nun auch in anderen Ländern Fussballclubs, die das Wort „libertär“ in ihrem Namen trugen – z.B. durch die syndikalistischen Arbeiter einer Ziegelei in Montevideo, die neben den Farben Schwarz und Rot auch ein Gelb auf ihren Trikots einnähten, eine Hommage an Katalonien, der anarchistischen Region in Spanien – und der Herkunft vieler der Arbeiter. Vereine in Chile und Bolivien folgten.

Das gleiche passierte in anderen lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien und Mexiko - und in Europa. Hier vor allem in England, wo es heute noch einen Klub gibt mit dem Namen „Easton Cowgirls and Cowboys“.

In Kroatien war es „Hajduk Split“, der von Libertären gegründet wurde und ursprünglich „Anarkhan“ hieß. In Spanien wurden Klubs wie Barcelona und Athletic Bilbao Symbole des Widerstands gegen die Francodiktatur.

Die Verbindungen zwischen Fußball und sozialen Kämpfen sind nicht verschwunden, sondern bringen neue Formen hervor, die ihren Wert sehen im kollektiven Spiel und einem von ihnen mitgestalteten sozialen Raum. Erwähnt werden soll hier die EZLN in Chiapas, die bei einem Fußballturnier mit politischen und weniger politischen Gruppen sogar einmal den Profiverein von Inter Mailand zu Gast hatten.

Fußball gibt die Gelegenheit für alle eine richtige Balance zwischen individueller Freiheit und kollektiver Verantwortung einzuüben – wie in einer sonstigen sozialen Gemeinschaft. Selbstredend ist der heutige Profifussball damit nicht vergleichbar – dort finden sich

die gleichen kapitalistischen Beziehungen wie überall – soll auch nicht hier unser Thema sein – für uns gilt der Fußball auch als ein Einüben in soziale Gemeinschaften, die nicht von vorneherein einen gemeinsamen sozialen oder kulturellen Hintergrund haben – Fußball kann so etwas wie „Weltsprache“ sein und soziale Konflikte aufgreifen als ein Mechanismus, der aus den Unterschieden vorhandene Konflikte entschärfen kann.

Es bleiben natürlich gerade für Anarchist*innen Vorbehalte, wenn wir die herkömmliche Art des Fußballspiels weiter so lassen. Ein wichtiger Punkt ist dabei der so genannte „Wettbewerb“, also gewinnen oder verlieren. Aber da sind es gerade die Anarchist*innen, die die Ideen und die Möglichkeiten haben, da andere Varianten hineinzubringen – das (leider nur in Englisch erschienene) Buch von Gabriel Kuhn „Anarchist Football (Soccer) Manual“ bietet da eine ganze Palette...

Und – die Fußballspiele können der Auftakt sein zu anschließend stattfindenden Workshops, Turniere die Klammer, wo Versammlungen, Konferenzen, Kampagnen entstehen und stattfinden auch im Sinne einer Gemeinwesen- bzw. Stadtteilarbeit.

So bleibt – in leichter Abwandlung des Satzes von Emma Goldmann – „Wenn ich nicht Fußballspielen kann, ist das nicht meine Revolution.“

Quelle:

<http://radiochiflado.blogspot.de/2011/05/11/freistoss-fuer-die-anarchie-fussball-fuer-anarchistinnen>

Video in spanisch zur Entstehung der „Argentinos Juniors“:

<http://youtu.be/H1kUzKU0svQ>



Interview: StandUp-Cup

Vorbemerkung: Am 25. Juni 2011 fand in Düsseldorf zum dritten Mal der StandUp!-Cup statt. Das Fussballturnier am Unigelände wurde von der Antifa-KOK, Cable Street Beat Düsseldorf und dem Linken Zentrum Hinterhof aus Düsseldorf organisiert.



1. Wie kamt ihr auf die Idee den ersten StandUp-Cup zu organisieren?

Überraschung: Wir mögen Fußball! Allerdings nerven uns die Begleiterscheinungen in den Fußballstadien, wie Sexismus, Homophobie, Rassismus oder nationalistische Tendenzen, die sich wieder stärker durchsetzen (oder auch die Konsumentenhaltung der Fans) und die uns konstant die gute Laune beim Fußball verdorben haben. Einige von uns engagieren sich innerhalb der Stadien schon lange gegen solche Trends. Nun wollten wir versuchen unseren Statements durch ein weiteres Element Ausdruck zu verleihen.

2. Wie viele Teams haben beim ersten Mal mitgemacht?

Beim ersten Cup haben 20 Teams teilgenommen. Aufgrund der hohen Nachfrage und der hohen Zahl der diesjährigen Anmeldungen haben wir die Teams auf 24 aufgestockt, um nicht ganz so vielen Teams absagen zu müssen.

3. Was für Teams gibt es?

Zunächst luden wir Gruppen und Personen ein, die aus dem näheren Umfeld des Linken Zentrums Düsseldorf kommen. Darüber hinaus bemühten wir uns durch Werbung weitere Interessierte ansprechen zu können. Von Anfang an ist uns das gut gelungen. So kicken in den Teams beispielsweise Studierende, politischen Aktivist_innen verschiedenster Couleur, Menschen, die aus ihrem ursprünglichen Herkunftsländern fliehen mussten, oder auch wahre Fußballenthusiast_innen mit.

4. Wie ist euer Eindruck von den letzten drei StandUp-Cups?

Für uns als Orga-Team erstmal immer wieder Chaos in der Vorbereitung und Organisation. Deswegen ungeachtet kommt das Turnier, wie wir hören, bei den Teilnehmenden und Besucher_innen größtenteils gut an. Ja es scheint ihnen richtig Spaß zu machen. Obendrein haben wir den Eindruck, dass die politischen Ideen, die hinter dem Cup stehen, weitestgehend angenommen und weiter getragen werden.

5. Nehmen auch Teams aus anderen Städten/Regionen/Kontinenten Teil?

Hauptsächlich kommen die Teilnehmenden aus der Gegend rund um Düsseldorf und aus NRW. Sollte sich die Frage auf die Herkunft der Mitspielenden beziehen, dann lässt sich sagen, dass wir natürlich jedes Jahr auch Mitspieler_innen dabei haben, die irgendwann mal aus anderen Städten, Regionen oder Kontinenten ins Rheinland gestolpert sind: Sachsen, Nigeria, Mexiko, Japan, Österreich, dem Kongo, Namibia, Hamburg, Kanada... das können wir gar nicht alles aufzählen. Den weitesten Anreiseweg hatten in diesem Jahr allerdings Mitspielende aus Bonn und Recklinghausen.

6. Wer darf mitspielen?

Alle die sich mit „dem Geist des Turniers“ und mit den Spielregeln (siehe: <http://www.standup-cup>).

org) anfreunden/identifizieren können. Da sich jedes Jahr mehr Teams anmelden als wir in den Spielplänen unterbekommen, bevorzugen wir gemixte Teams bei der Auswahl der Mannschaften. Für Einzelpersonen war es bisher stets möglich, spontan bei einem schon vorhandenen Team mitzukicken.

7. Wie wird die Idee der gemischten Teams aufgenommen?

Durchweg positiv. Soweit wir wissen sind die Teams immer sehr darum bemüht, diese Idee umzusetzen.

8. Geht es ums „Gewinnen“ oder steht der Spaß im Vordergrund?

Eigentlich haben wir bislang immer darauf verwiesen, dass der StandUp-Cup kein Wettkampfturnier ist und dass der Spaß und das faire Spielen im Vordergrund stehen sollten – von der Idee her. Leider müssen wir manchmal feststellen, dass diese Idee nicht von allen Teams gleichermaßen getragen wird. Was auch verständlich ist, da manche Teams im Spiel der sportliche Ehrgeiz packt.

Es ist uns wichtig zu betonen, dass es den StandUp-Cupzweipokalengibt – einmal den Pokal für den sportlichen Sieg nach Punkten und dann den Pokal für das Team, welches nach folgenden Kategorien ausgesucht wird:

- Originalität und Kreativität der Trikots/Kostüme
- Team-Choreographien und andere außergewöhnliche Aktionen (z. B. Torjubel)
- Support des teilnehmenden Teams durch „mitgereiste Fans“
- Fairness
- Spielfreude und Zusammenspiel als ein Team
- Positive Publikumsreaktionen
- Engagement für das Turnier

Das versuchen wir auch Jahr um Jahr deutlicher in den Vordergrund zu stellen und haben uns dieses Jahr gefreut, dass sich ein Team in Sachen Verkleidung, Spaßfaktor und politischer Aussage was Besonderes hat einfallen lassen.

9. Haben die Teams Ultra-Gruppen?

Na jedenfalls haben einige Teams Ultras, die auch unterstützt werden... (grins)

10. Welches Rahmenprogramm habt ihr?

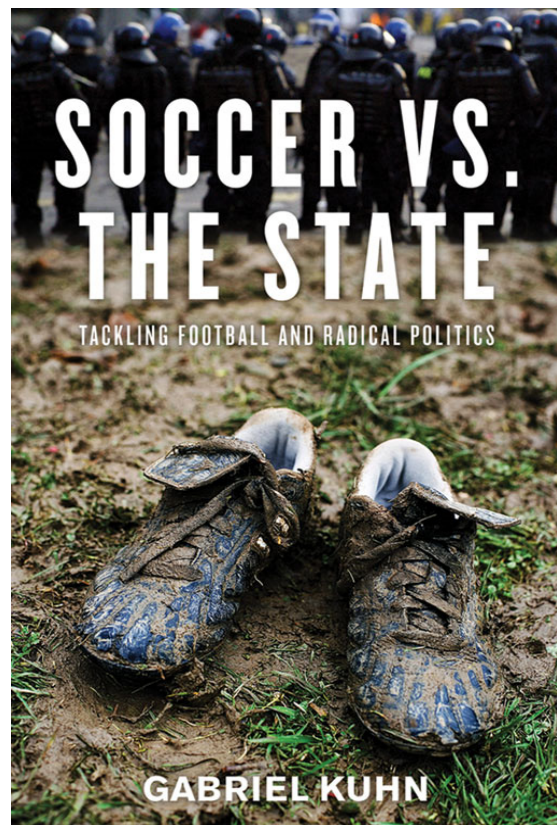
Infostände, Grillen und Essen, Musik und Bespaßung durch die Stadionsprecher_innen.

11. Wie sehen die Pläne für das nächste Jahr aus?

Also erstens mal planen wir trockeneres Wetter! ;)

Außerdem wollen wir versuchen, Anregungen und Kritik, die an uns herangetragen werden, in die kommenden Turniere einfließen zu lassen. Besonders wichtig ist es uns weiter daran zu arbeiten den Pokal, der nach den o. g. Kategorien vergeben wird, sowie den Spaßfaktor ausgeprägter in den Vordergrund zu rücken.

Die Redaktion bedankt sich für das Interview. Mehr Infos zum Thema „Anarchie und Sport“ in der barrikade # 5 – Mai 2011 und in der Direkten Aktion # 206 – Juli/August 2011: www.direkteaktion.org/206



Was ist Faschismus? - Teil 5.2

Aussereuropäische faschistische Bewegungen und Regime

Vorbemerkung: Innerhalb der Faschismusforschung wird die Frage, inwieweit sich das Attribut „faschistisch“ zur Einstufung ausereuropäischer Gruppierungen und Herrschaftssysteme überhaupt eignet, kontrovers diskutiert. Im Laufe des folgenden Streifzuges durch drei Kontinente sollen einige der in diesem Zusammenhang besonders häufig genannten Bewegungen und Regime auf den Grad ihrer Vergleichbarkeit mit den als klassisch geltenden europäischen Faschismen hin beleuchtet werden.

Teil 5.2 - Faschistische Tendenzen in den USA, Japan und Südafrika

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Früh und Kolonialzeit

Die ersten Menschen erreichten Nordamerika vor bis zu 40.000 Jahren über die damals Sibirien und Alaska verbindende Bering-Landbrücke. Isländische Wikinger drangen um 1.000 bis in das Gebiet des heutigen Bostons vor, ohne jedoch eine nachhaltige Besiedlung in Gang zu setzen. Anders verhielt es sich mit der Landung des im Dienst der spanischen Krone stehenden genuesischen Seefahrers Christoph Kolumbus (1451-1506) auf den Bahamas 1492. Die „Entdeckung Amerikas“ war Auftakt einer Reihe von Eroberungsfahrten, in deren Verlauf die nordamerikanische Küste intensiv erforscht wurde. Zu den europäischen Mächten, die sich bei der Erschließung Nordamerikas besonders umtriebigen zeigten, zählten Frankreich und England. Während die entsprechenden französischen Bestrebungen an den Profitinteressen von Handelsgesellschaften ausgerichtet waren und nicht auf massenhafte Einwanderung aus dem Mutterland abzielten, vollzog sich die englische Kolonisierung im Zuge der Gründung auf Dauer und Wachstum angelegter Siedlungen. Neuankömmlinge, bei denen es sich wie im Fall der in den nationalen Mythenschatz der USA eingegangenen calvinistischen „Pilgerväter“ häufig um Angehörige religiöser Minder-

heiten handelte, konnten von ihnen besiedeltes Land als Eigentum erwerben, womit existenzielle Konflikte mit indigenen Stammesgemeinschaften vorprogrammiert waren. Blutige Auseinandersetzungen, eingeschleppte Krankheiten und massive Hungersnöte dürften die Gesamtzahl der nordamerikanischen Ursprungsbevölkerung in den 100 Jahren nach Kolumbus' epochaler Expedition um fast 90 Prozent verringert haben. Ein rasch anwachsender Personenkreis musste ab dem 17. Jahrhundert den Weg nach Nordamerika gegen seinen Willen antreten. Um den zur Bewirtschaftung agrarischer Monokulturen in den südlichen Kolonien herrschenden Bedarf an billigen Arbeitskräften zu befriedigen, erfolgte nämlich 1640 die Einführung der Sklaverei. Mit ihrer auf Tabak-, Reis-, Indigo- und Baumwollfeldern verrichteten Zwangsarbeit ermöglichten aus Afrika deportierte Schwarze den gesellschaftlichen Aufstieg der so genannten Virginia-Aristokratie, einer einflussreichen Schicht vermöglicher PlantagenbesitzerInnen. Gerechtfertigt wurde ihre menschenverachtende Behandlung unter Verweis auf eine angebliche Minderwertigkeit, die sich aus alttestamentarischen Bibelpassagen herleiten lasse. 1770 setzte sich die Einwohnerschaft der südlichen Kolonien zu etwa einem Drittel aus SklavInnen zusammen. Waren dort größere Orte eine Ausnahme, kristallisierten sich im mittleren und nördlichen Teil der späteren USA mehrere urbane Zentren wie Philadelphia, New York und Boston heraus, von denen entscheidende Modernisierungsimpulse politischer wie wirtschaftlicher Art ausgehen sollten.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Eine Wendung begann die Vorgeschichte der USA mit dem von 1754 bis 1763 andauernden „Siebenjährigen Krieg“ zu nehmen, der in Nordamerika seine Entsprechung im „French and Indian War“ fand. Das britische Empire bereitete mit seinem militärischen Sieg den dortigen Kolonialbestrebungen Frankreichs ein Ende, zog sich im Anschluss aber den Unmut der eigenen Kolonien zu, die es stärkerer politischer Kontrolle und hö-

heren finanziellen Belastungen auszusetzen gedachte. Der Widerstand hiergegen mündete in der Einberufung eines „Ersten Kontinentalkongresses“ in Philadelphia, der im Herbst 1774 den Abbruch der Handelsbeziehungen zum Mutterland verkündete. Im April 1775 kam es zu ersten gewaltsamen Zusammenstößen zwischen britischen Truppen und nordamerikanischen Milizeinheiten. Am 4. Juli 1776 verabschiedete der mittlerweile Regierungsaufgaben wahrnehmende „Kontinentalkongress“ eine hauptsächlich aus der Feder des Juristen Thomas Jefferson (1743-1826) stammende Unabhängigkeitserklärung, deren Gleichheitspostulat sich nicht auf Frauen, Personen indigener Herkunft und SklavInnen erstreckte. Im Frieden von Paris gestand Großbritannien 1783 den Vereinigten Staaten die Souveränität zu und überließ den dreizehn ehemaligen Kolonien das Gebiet zwischen den Apalachen und dem Mississippi. Vier Jahre später arbeitete ein in Philadelphia tagender Konvent eine Bundesverfassung aus, deren Kernelemente eine von zwei Kammern auszuübende Gesetzgebung, eine mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete, durch den Präsidenten vertretene Exekutive sowie eine unabhängige Rechtsprechung bildeten. Zum ersten US-Präsidenten wurde 1789 George Washington (1732-1799) gewählt, der als militärischer Oberbefehlshaber der Unabhängigkeitsbewegung fungiert hatte.

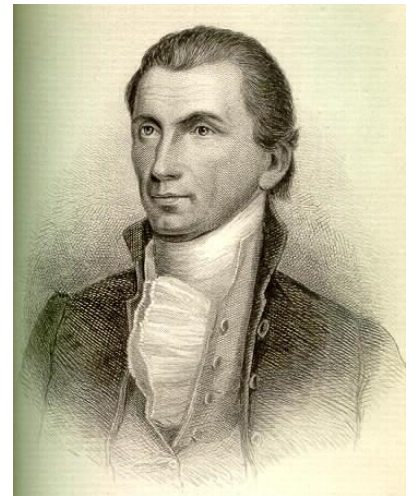
Gebiets-, Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war für die USA eine Periode allgemeinen Wachstums, wobei die räumliche Ausdehnung nicht durch Expansion bestehender, sondern im Zuge der Gründung neuer Bundesstaaten erfolgte. Allein der Erwerb einer zwischen Mississippi und Rocky Mountains gelegenen Landmasse von Frankreich brachte 1803 eine Verdoppelung des Territoriums mit sich. Die in westlicher Richtung vorangetriebene Landerschließung wurde in zunehmendem Maße mit missionarischen Weihen versehen, die der New Yorker Journalist John O’Sullivan (1813-1895) in den Begriff der „offensichtlichen Bestimmung“ („Manifest Destiny“) kleidete. Hierin kam der Anspruch zum Ausdruck, im Rahmen eines nationalen Projekts in Nordamerika zwischen Atlantik und Pazifik eine ideale Gesellschaftsordnung zu errichten. Hauptleidtragende des Gebietszuwachses waren die EinwohnerInnen indigener Abstammung, deren Anzahl bis 1860 auf nur

noch etwa 35.000 sank. Die Bevölkerung des auf ihre Kosten expandierenden Staatswesens schwoll hingegen stark an, was nicht zuletzt in einem um das Jahr 1840 aus Europa einsetzenden Einwanderungsstrom begründet lag. Der hiermit verbundene Anstieg des Arbeitskräftereservoirs zählte neben der Existenz reichhaltiger Rohstoffvorkommen, technischen Errungenschaften wie mechanischen Webstühlen und dem Ausbau der Transportkapazitäten zu den Faktoren einer ökonomischen Aufwärtsentwicklung, in deren Verlauf die USA bis zirka 1860 zur zweitgrößten Industrienation hinter Großbritannien avancierten. Der Industrialisierungsprozess vollzog sich allerdings in erster Linie im Nordosten der Vereinigten Staaten, während der Süden agrarisch geprägt blieb. In Anbetracht der weltmarktbherrschenden Stellung der dortigen Rohbaumwollproduktion musste die „Virginia-Aristokratie“ jedoch zunächst keineswegs um Macht und Reichtum fürchten.

Die Monroe-Doktrin

Von einem gewachsenen nationalen Selbstbewusstsein zeugte bereits eine außenpolitische Grundsatzserklärung, die Präsident James Monroe (1758-1831) Ende 1823 abgab. Die Kernaussage bestand darin, dass sich die US-Regierung zukünftige Kolonialbestrebungen europäischer Staaten in der westlichen Hemisphäre verbat und im Gegenzug die Nichteinmischung in Angelegenheiten Europas ankündigte. In innergesellschaftlicher Hinsicht war diese als „Monroe-Doktrin“ bekannt gewordene diplomatische Leitlinie durchaus konfliktträchtig. So deckte sich ihre isolationistische Tendenz mit dem Wunsch der industriellen Spitzen des Nordens, den einheimischen Markt vor internationaler Konkurrenz abzuschotten, wohingegen die Agrarreliten des Südens ihre Profite zu einem hohen Grad Exporten verdankten.



Sklavereifrage und Bürgerkrieg

Maßgeblich zur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Nord- und Südstaaten trug die Sklavereifrage bei. Nach der Wahl des gemäßigten Sklavereieigeners Abraham Lincoln (1809-1865) zum Präsidenten im Herbst 1860 erklärten elf Südstaaten ihren Austritt aus den USA und schlossen sich zu den „Konföderierten Staaten von Amerika“ zusammen. Im April 1861 kam es zur militärischen Eskalation des Konflikts. Trotz immenser Überlegenheit an Mensch und Material bedurfte es eines knapp vierjährigen, für beide Seiten äußerst verlustreichen Bürgerkrieges, ehe sich der Norden durchgesetzt hatte. Vor ihrer Wiedereingliederung in die Union mussten die unterlegenen Südstaaten dem Ende 1865 verabschiedeten 13. Verfassungszusatz zustimmen, der die Sklavenhaltung auf dem Gebiet der USA untersagte. Eine Vielzahl im Süden erlassener diskriminierender Gesetze schränkte aber den Entfaltungsspielraum dort lebender Schwarzer ebenso stark ein wie deren oftmals weiterhin bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit von ehemaligen SklavenhalterInnen. Zusätzlichen Druck übte auf die AfroamerikanerInnen eine rassistische Terrororganisation aus, die einige Merkmale faschistischer Bewegungen vorwegnahm: der Ku-Klux-Klan (KKK).



Der Ku-Klux-Klan

Der KKK wurde kurz nach Beendigung des Sezessionskrieges als Geheimbund von Offizieren der geschlagenen Südstaatenarmee aus der Taufe gehoben. In nächtlichen Ausritten zelebrierten seine mittels weißer Kapuzen-Kostüme maskierten Mitglieder seltsame Ri-

tuale zur Einschüchterung der schwarzen Bevölkerung. Die rassistische Stoßrichtung bescherte der Organisation im Süden der USA erheblichen Zulauf. Um eine gewisse Einheitlichkeit im Vorgehen der wie Pilze aus dem Boden schießenden Ortsgruppen zu gewährleisten, führte ein 1867 abgehaltener Bundeskongress das Amt des „Großen Hexenmeisters“ („Grand Wizard“) ein. Der merkwürdige Mummenschanz war mittlerweile vielerorts in systematischen Terror umgeschlagen. Klan-Angehörige entführten, verstümmelten und ermordeten etliche AfroamerikanerInnen und politische GegnerInnen. Nachdem 1871 auf Bundesebene ein Gesetzespaket zur Zurückdrängung der Terrororganisation verabschiedet worden war, verschwand der KKK allmählich von der Bildfläche. Seine vom Regisseur David Wark Griffith (1875-1948) im Stummfilmklassiker „Die Geburt einer Nation“ betriebene Verklärung bewog den entlassenen Wanderprediger William Joseph Simmons (1880-1945) zur Neugründung des KKK. Binnen eines Jahrzehnts gelangen die Rekrutierung von mehr als vier Millionen Mitgliedern sowie die Ausdehnung über die Grenzen der Südstaaten hinaus. Da die Organisation beträchtliche Aufnahmegebühren verlangte und sich die Bettlaken-Gewänder zu hohen Preisen abkaufen ließ, erwies sich der KKK als einträgliches Geschäftsmodell. Weltanschaulich vollzog sich eine verstärkte Annäherung an die europäischen Faschismen, indem Menschen jüdischer Herkunft und KommunistInnen die schwarze Minderheit als Feindbilder ergänzten. Interne Streitigkeiten, diverse Skandale und das Ausbleiben einer die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise aufgreifenden Positionierung zehrten an der Substanz des KKK, der sich 1944 auf Druck der Steuerbehörden selbst auflöste. Im Laufe der 1950er Jahre kam es zur Reorganisation von Klan-Strukturen. Weder das Anknüpfen an die offenen terroristische Tradition noch Bemühungen um Erlangung eines bürgerlichen Images verhalfen aber dem KKK bislang zu einem Comeback als Massenbewegung.

„Eugenik“ in den USA

Bereits Jahrzehnte vor der Entstehung faschistischer Bewegungen fand mit der so genannten Eugenik (vom griechischen „eugenes“ = wohlgeboren) eine bevölkerungspolitische Denkrichtung internationale Verbreitung, die unter dem Schlagwort der „Rassenhygiene“ die Nazi-Ideologie maßgeblich prägen sollte. Die

Grundidee dieser sozialdarwinistischen Gesellschaftstheorie lautete, dass zum Wohle des jeweils betrachteten „Volkskörpers“ durch systematische „Auslese“ negative genetische Einflüsse auszuschalten und hochwertige Erbanlagen zu fördern seien. In den USA erfuhr die entsprechende Diskussion im Zuge der Verknüpfung mit der Einwanderungsthematik eine massive rassistische Unterfütterung. Der Historiker und Journalist Lothrop Stoddard (1883-1950) etwa warnte eindringlich vor einem ungehinderten Zustrom farbiger und jüdischer „Menschenhorden“, der die „natürliche“ Überlegenheit der „weißen, nordischen Rasse“ gefährde. Einen politischen Teilerfolg erzielten die US-„EugenikerInnen“ mit dem 1924 verabschiedeten „Immigration Act“, einem Bundesgesetz, das Quoten für die Einwanderung aus Süd- und Osteuropa festlegte und den asiatisch-pazifischen Raum als Herkunftsregion gänzlich ausschloss. Nicht minder intensiv wurden Möglichkeiten erörtert, die Fortpflanzung bereits in den USA lebender TrägerInnen als „minderwertig“ erachteter Erbanlagen zu unterbinden. Eine Vorreiterrolle übernahm hierbei die Vereinigung der Rinderzüchter, die American Breeders Association (ABA). So wurde 1903 innerhalb der ABA ein „Eugenik-Komitee“ gegründet, das mindestens zehn Millionen „verelendete, kranke, schwachsinnige, beschädigte und kriminelle Elemente“ durch Absonderung oder Sterilisation an der Vermehrung hindern wollte. Das seitens des Biologen Charles Davenport (1866-1944) aus der Taufe gehobene „Eugenics Record Office“ entwickelte ein diesbezügliches Modellgesetz und betrieb die Erfassung als genetische Bedrohung für die „Volksgesundheit“ anzusehender Menschen. 1907 schuf die Landesregierung von Indiana die rechtlichen Grundlagen für die Zwangssterilisation von „Verbrechern, Blödsinnigen und Schwachsinnigen“. 32 Bundesstaaten erließen ähnliche Gesetze, insgesamt wurden im Lauf eines knappen Dreivierteljahrhunderts rund 60.000 Personen in den USA im Dienst der „Eugenik“ ihrer Fortpflanzungsfähigkeit beraubt.

Organisierter Antikommunismus und Antisemitismus als „Antwort“ der extremen Rechten auf „Rote Angst“ und Weltwirtschaftskrise

Nicht anders als in Europa bestand in den USA ein enger Zusammenhang zwischen der Formierung faschistischer Gruppierungen und Befürchtungen der

Mittel- und Oberschicht bezüglich eines sozialrevolutionären Umsturzes. So schürten die Russische Revolution des Herbstes 1917 und Streikkampagnen der militanten Gewerkschaftsorganisation Industrial Workers of the World (IWW) innerhalb bürgerlicher Kreise eine geradezu hysterische „Rote Angst“ („Red Scare“). Das soziale Gefüge der USA wurde dann aber nicht etwa durch kommunistische Umtriebe, sondern infolge des eine globale Wirtschaftskrise nach sich ziehenden Börsencrashes von 1929 erschüttert. Wie die Nazi-Bewegung des Deutschen Reiches fassten allerdings ohnehin in den Vereinigten Staaten WortführerInnen der extremen Rechten Kommunismus und Finanzkapitalismus als zwei Seiten einer jüdisch gesteuerten Bedrohung auf. Der katholische Priester Charles Coughlin (1891-1979) z. B. hielt im Radio wöchentliche Hetzpredigten antikommunistischer und jüdenfeindlicher Stoßrichtung. Die ihm beschiedene positive Resonanz bewog Coughlin 1935 zur Gründung der „Nationalen Union für Soziale Gerechtigkeit“ („National Union for Social Justice“). Bei den im Jahr darauf abgehaltenen Präsidentschaftswahlen erhielt der Kandidat der inzwischen in „Union Party“ umbenannten Partei zirka 900.000 Stimmen. Coughlin gab sich jedoch nicht mit einer politischen Betätigung im Rahmen des parlamentarisch-demokratischen Systems zufrieden. Stattdessen orientierte er sich immer unverblümt am Vorbild des „Dritten Reiches“, was sich etwa in der Einführung des „Deutschen Grußes“ und der Bildung einer als „Christliche Front“ („Christian Front“) titulierten, der SA nachempfundenen Miliz niederschlug. Als Terrorvorbereitungen der „Christlichen Front“ aufflogen, wurde sie 1940 verboten. Auf Druck der katholischen Kirche schränkte Coughlin nach Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg sein politisches Engagement stark ein. Sein Tod 1979 erregte kaum noch öffentliches Aufsehen.

Die „Amerikanische Naziartei“

Ende der 1940er Jahre traten die USA in eine zweite Phase „Roter Angst“ ein, die in einer regelrechten antikommunistischen Hexenjagd mündete. Diese nach Senator Joseph McCarthy (1908-1957) als „McCarthy-Ära“ bezeichnete, ein knappes Jahrzehnt andauernde Zeit der massiven Verfolgung linksradikaler Umtriebe verdächtiger Personen begünstigte das Aufkommen weiterer faschistischer Gruppierungen. Eine von ihnen war die

1959 vom ehemaligen Marineoffizier George Lincoln Rockwell (1918-1967) aus der Taufe gehobene „Amerikanische Nazipartei“ („American Nazi Party“). Letztere verzeichnete zwar keinen Massenzulauf, erhielt aber durch die Selbstinszenierung ihres „Commanders“ Rockwell als „Amerikanischer Hitler“ erhebliche mediale Aufmerksamkeit. Die Anlehnung der „Amerikanischen Nazipartei“ an die Nazi-Bewegung ging so weit, dass ihre uniformierten Mitglieder mit Hakenkreuzfahnen und unter „Sieg Heil“-Rufen öffentlich aufmarschierten. Sie begrüßten den Vietnamkrieg und forderten die Tötung „kommunistischer Verräter“, die Deportation aller AfroamerikanerInnen sowie die Unfruchtbarmachung und Enteignung jüdischer US-BürgerInnen. Ihr Kampf gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung, den sie gemeinsam mit dem KKK führte, bescherte der „Amerikanischen Nazipartei“ einen Popularitätswachstum, doch die Ermordung Rockwells durch einen ehemaligen Mitstreiter im August 1967 leitete ihren Zerfall ein.

Christlicher Fundamentalismus

Als sehr empfänglich für faschistisches Gedankengut erwies sich in den USA last but not least das christlich-fundamentalistische Milieu, und zwar insbesondere die Variante der „Christlichen Identität“ („Christian Identity“). Hierbei handelt es sich um eine heterogene Bewegung religiöser FanatikerInnen, welche die Überzeugung eint, als Angehörige der „nordischen Rasse“ von den zehn verlorenen Stämmen Israels abstammen und sich einer jüdisch gelenkten Verschwörung erwehren zu müssen. Diverse Gruppen der „Christlichen Identität“ entwickelten eine hohe Affinität zur NS-Weltanschauung, etwa die vom ehemaligen Methodisten und KKK-Mitglied Wesley Swift (1913-1970) ins Leben gerufene „Church of Jesus Christ Christian“. Nach Swifts Tod übernahm der Luftfahrtingenieur Richard Butler (1918-2004) die Führung der „Kirche“, als deren politischen Arm er die „Arischen Nationen“ („Aryan Nations“) aus der Taufe hob. Die im Bundesstaat Idaho errichtete Basis der „Arischen Nationen“ diente als Vorbereitungscamp für die erwartete endzeitliche Schlacht und Areal zur Schaffung eines Modellstaates der „von Gott auserkorenen Herrenrasse“. Ein im Sommer 1999 aus den Reihen von Butlers Sicherheitsdienst auf eine Familie indigener Abstammung verübter Überfall brach der Organisation jedoch das Genick,

denn die Opfer trieben die „Arischen Nationen“ mit einer erfolgreichen Schadensersatzklage in den Bankrott.

Japan

Altertum und Mittelalter

Die Bildung eines japanischen Staatswesens nahm bereits um das Jahr 300 Formen an. Im Lauf des sechsten Jahrhunderts etablierten sich eine kaiserliche Ordnung und der Buddhismus innerhalb des ostasiatischen Inselreiches. Die Macht des als „Himmlicher Herrscher“ („Tenno“) verehrten Kaisers schwand aber während des Mittelalters zugunsten der Schogune, führender Vertreter der adeligen Kriegerkaste. Die japanische Gesellschaft entwickelte sich in Richtung eines vierklassigen Ständesystems, bestehend aus dem „Schwertadel“, der Bauernschaft, der Handwerker-schicht sowie den Kaufleuten. Ihnen untergeordnet waren Gruppen so genannter Unreiner, eine Sonderstellung bekleideten kaiserliche Höflinge und Priester.

Zeit der Isolation

Europäer gelangten erstmals 1543 auf chinesischen Dschunken nach Japan. Portugiesische Seefahrer starteten bald darauf einen regelmäßigen Handelsaustausch. Während der Herrschaft des Tokugawa-Geschlechts wurde jedoch 1639 mit Ausnahme einer niederländischen Kaufleuten vorbehaltenen Handelsstation eine mehr als zwei Jahrhunderte andauernde Abschließung Japans gegenüber ausländischen Einflüssen verfügt.



Die Meiji-Restauration

Der Niedergang der Tokugawa-Dynastie ließ 1868 den Kaiserhof wieder ins Zentrum der politischen Macht rücken. Der jugendliche „Tenno“ Mutsuhito (1852-1912), welcher sich später den Namen „Meiji“ gab, setzte sich für eine Modernisierung Japans ein. Letztere wurde u. a. durch die Abschaffung der Ständeordnung, den Import technologischen Wissens und die Initiierung eines dynamischen Industrialisierungsprozesses vorangetrieben. Sowohl die umfassende Militärreform als auch die 1889 in Kraft gesetzte Verfassung, die dem „Tenno“ den Rang eines Gott-Kaisers zusprach, waren durch das Beispiel des Deutschen Reiches inspiriert. Lediglich eine Alibifunktion erfüllten die Abgeordneten des Zweikammer-Parlaments, die ohnehin nur von einem Prozent der Bevölkerung gewählt werden konnten. Auch die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes für das Unterhaus 1926 sorgte nicht für ein Gegengewicht zum autoritären, ein hohes Maß an Militarisierung aufweisenden Staats- und Gesellschaftssystem.

Außenpolitisches Expansionsstreben

An der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert begann Japan einen territorialen Expansionskurs zu verfolgen. Deutlichster Ausdruck hierfür war der von Februar 1904 bis September 1905 andauernde Russisch-Japanische Krieg, der dem ostasiatischen Kaiserreich die Kontrolle über Korea und die Mandchurei einbrachte. Im Ersten Weltkrieg kämpfte Japan auf Seiten der Alliierten, wodurch es sich den deutschen Kolonialbesitz in China sicherte.

Der Putschversuch 1936

Der im Zuge der Meiji-Restauration eingeleitete gesellschaftliche Wandel rief innerhalb konservativer Kreise ein geteiltes Echo hervor. Zum Vordenker der KritikerInnen schwang sich Kita Ikki (1883-1937) auf. Der nationalistische Autor und Philosoph wollte eine konfrontative Haltung gegenüber den Westmächten eingenommen wissen, um den Weg zur Vereinigung Asiens unter japanischer Vorherrschaft zu ebnet. Innenpolitisch erachtete Ikki die Schaffung noch auto-

ritärerer Strukturen im Rahmen eines Staatsstreiches für notwendig, der u. a. die Nationalisierung wichtiger Industriesektoren herbeiführen sollte. Seine nationalrevolutionären Forderungen fanden vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, die sich in Form zunehmender Verarmung auf dem Land sowie eines drastischen Rückgangs der Arbeiterlöhne bemerkbar machte, insbesondere bei jüngeren Offizieren Anklang. Etwa 1.400 von ihnen beteiligten sich am 26. Februar 1936 in Tokio an einem Umsturzversuch. Nach anfänglichen Erfolgen und der Tötung mehrerer Kabinettsmitglieder wurde die Militärerhebung binnen weniger Tage niedergeschlagen, zu den danach Hingerichteten gehörte als Inspirator der Aufständischen auch Kita Ikki. Paradoxiere Weise sollten sich aber wesentliche Vorstellungen der Aufständischen gerade durch ihr Scheitern erfüllen, denn an der Staatsspitze nutzten Hardliner den Putschversuch, um innen- wie außenpolitisch in die Offensive zu gehen.

Innere „Gleichschaltung“ und imperialistische Aggression

Abgesichert durch ein dichtes Netz polizeilicher Überwachung, forcierte die japanische Staatsspitze während der Amtszeiten der Premierminister Konoe Fumimaro (1891-1945) und Tōjō Hideki (1884-1948) in den späten 1930er und frühen 1940er Jahren ihre Bemühungen um direkten Zugriff auf sämtliche gesellschaftliche Bereiche. Ein diesbezüglicher Meilenstein war die Bildung der „Unterstützungsgesellschaft für die Kaiserliche Herrschaft“ („Taisei Yokusankai“) im Herbst 1940, die an die Stelle der zuvor aufgelösten Parteien trat und neben deren ehemaligen Mitgliedern auch die bürokratischen und militärischen Eliten des Landes (zwang) vereinigte. Etwa zeitgleich mussten alle unabhängigen Gewerkschaften einer staatstreuen „Arbeitnehmervertretung“, der „Gesellschaft zum Dienst an der Nation“, weichen, so dass sich ein Vergleich mit der im „Dritten Reich“ betriebenen „Gleichschaltung“ aufdrängt. Auch auf diplomatischer Ebene näherte sich Japan dem NS-Staat an. So schlossen die beiden Regime zur Unterstreichung ihrer strikt antikommunistischen Haltung am 25. November 1936 den „Antikominternpakt“. Letzterer wurde mit dem knapp vier Jahre später von Japan, Deutschland und Italien unterzeichneten „Dreimächtepakt“ um eine militärische Dimension erweitert, die allerdings eher symbolischer Natur blieb. Der Schulter-



schluss mit den zwei faschistischen Diktaturen vollzog sich in einer Phase verschärfter imperialistischer Aggression Japans, die insbesondere in einem im Juli 1937 vom Zaun gebrochenen und mit extremer Brutalität geführten Angriffskrieg auf China zutage trat. Laut einer 1940 von Premierminister Fumimaro geprägten Formel zielte der blutige Expansionsdrang auf die Schaffung einer „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ ab. Eine weitere Parallele zum NS-Regime bestand darin, dass die Legitimität der Japan im Rahmen dieses Konzepts zugeordneten Führungsrolle aus der Vorstellung abgeleitet wurde, die japanische Bevölkerung verkörpere eine „göttliche Rasse“. Eine an der Spitze eines faschistischen Herrschaftssystems „klassischen“ Typs kaum vorstellbare Position bekleidete hingegen der „Tenno“, in dessen Namen gesellschaftliche „Gleichschaltung“ und kriegerische Außenpolitik betrieben wurden. Kaiser Hirohito (1901-1989) genoss zwar als höchste politische und religiöse Autorität eine die Bezeichnung „Führerkult“ mehr als verdienende Verehrung, hielt sich aber anders als Hitler und Mussolini strikt aus der Öffentlichkeit fern.

Japan im Zweiten Weltkrieg

Mit dem Überfall auf Pearl Harbor, den Heimathafen der US-Pazifikflotte, griff Japan am 7. Dezember 1941 in den Zweiten Weltkrieg ein. Ein knappes halbes Jahr später hatte der Militärapparat des Kaiserreiches in einer von massiven Kriegsverbrechen begleiteten Offensive weite Teile Südostasiens erobert und einen Vorstoß nach Australien gestartet. Die Anfang Juni 1942 im Kampf um die Midway-Inseln erlittene

Niederlage Japans leitete eine Wende im Pazifikkrieg ein. Erst nach den US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki jedoch verkündete der „Tenno“ am 15. August 1945 die japanische Kapitulation. Während der ehemalige Regierungschef Fumimaro sich seiner Verhaftung durch Selbstmord entzog und sein Nachfolger Hideki vom Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten zum Tode verurteilt wurde, entging Hirohito nicht nur einer juristischen Aufarbeitung seiner Verantwortung für systematischen Terror und millionenfachen Mord, sondern durfte sogar weiterhin das Amt des Staatsoberhauptes ausüben.

Südafrika

Vor- und Frühgeschichte

Die Geschichte Südafrikas, auf dessen Gebiet einige der ältesten Zeugnisse der Homination gefunden wurden, ist eng mit jener der Menschwerdung verknüpft. Als südafrikanische Ursprungsbevölkerungen sind die Ethnien der San und Khoikhoianzusehen,anderSchwellezumzweitenJahrtausend wanderten zudem vermehrt Gruppen der Bantu ein.

Kolonialzeit und Erlangung der Unabhängigkeit

Die ersten Europäer, die 1488 bis zur Südspitze Afrikas vordrangen, gehörten einer unter dem Kommando des portugiesischen Seefahrers Bartolomeu Dias (1450-1500) stehenden Expedition an. Im Auftrag der „Niederländischen Ostindien-Kompanie“ gründete der Schiffsarzt und Kaufmann Jan van Riebeeck (1619-1677) 1652 mit Kapstadt den Ausgangspunkt der Kapkolonie. Auf der Suche nach Weideland für ihre Rinderherden drangen die überwiegend calvinistisch geprägten KolonistenInnen, die sich in Anlehnung an das niederländische Wort für „Bauern“ als „Buren“ bezeichneten, immer tiefer ins Landesinnere vor. Von ihrer religiösen Ausnahmestellung und rassischen Überlegenheit überzeugt, vertrieben oder unterwarfen sie gewaltsam die dort existierenden indigenen Gesellschaftsverbände. Zur Deckung ihres Bedarfs an billigen Arbeitskräften bedienten die BurInnen sich zudem aus Asien und Ostafrika verschleppter SklavInnen. Als jedoch die britische Regierung 1833 die Sklaverei in der Kapkolonie, die sie rund zwei Jahrzehnte zuvor von den Niederlanden übernom-

men hatte, untersagte, sahen die BurInnen ihre Lebensgrundlage bedroht. Zirka 15.000 von ihnen begaben sich daher ab 1835 auf den so genannten „Großen Treck“ in Richtung Norden und gründeten die Republiken „Oranje“ und „Transvaal“. Gold- und Diamantentfunde steigerten das britische Interesse an den entsprechenden Gebieten erheblich. Ein erster britischer Angriff konnte Anfang der 1880er Jahre zurückgeschlagen werden, aber der von 1899 bis 1902 ausgetragene Zweite Burenkrieg endete mit der Eingliederung der Burenrepubliken in das britische Empire. 1910 wurden die von Großbritannien auf südafrikanischem Boden unterhaltenen Kolonien zur Südafrikanischen Union zusammengefasst. Bereits das 1913 verkündete „Eingeborenen-Landgesetz“ („Natives Land Act“) legte das Fundament für die auf strikte Trennung der EinwohnerInnen verschiedener Hautfarben abzielende Apartheidpolitik späterer Jahrzehnte, wurde Schwarzen Landbesitz doch nur noch in abgelegenen und wenig fruchtbaren Regionen gestattet. Vor dem Hintergrund dieser rassistischen Weichenstellung entließ Großbritannien 1931 die Südafrikanische Union endgültig in die Unabhängigkeit. Nichtsdestotrotz trat der Burenstaat in einem innenpolitisch umstrittenen Akt im September 1939 an der Seite der ehemaligen Kolonialmacht in den Zweiten Weltkrieg ein.

Formierung faschistischer Organisationen

Im Laufe der 1930er Jahre entstand in Südafrika eine Reihe extrem rechter Organisationen, die am Vorbild des „Nationalsozialismus“ ausgerichtet waren. Eine davon war die 1933 durch den deutschstämmigen Friseur Louis Weichardt (1894-1985) aus der Taufe gehobene „Südafrikanische Christlich-Nationalsozialistische Bewegung“, die sich eine an die SA erinnernde, graue Hemden tragende Parteimiliz zulegte. Die „Grauhemden“ forderten eine Radikalisierung der schwarzenfeindlichen Unterdrückungsmaßnahmen und die Unterbindung der Aufnahme jüdischer EinwanderInnen aus Europa, waren also sowohl rassistisch als auch antisemitisch eingestellt. Weichardts Internierung während des Zweiten Weltkrieges hemmte die Entwicklung der Partei. Hieran konnte auch die 1948 vollzogene Umbenennung in „White Workers Party“ nichts ändern. Einen deutlich höheren Grad an Massenrückhalt und paramilitärischer Schlagkraft vermochte die 1939 als Kulturorganisation gegründete „Ochsenwagenbrandwache“

(„Ossewabrandwag“ = OB) zu erzielen. An die Spitze der nach dem Führerprinzip strukturierten Bewegung trat 1941 der Germanist und Jurist Johannes Frederik Janse „Hans“ van Rensburg (1898-1966). Seine Anhängerschaft belief sich zeitweilig auf über 300.000 Personen. Für den Einsatz im Rahmen gewalttätiger Konfrontationen wurde der Milizverband der „Sturmjäger“ („Stormjaers“) gebildet. Die Ideologie der OB war ähnlich wie die der „Grauhemden“ nationalistisch, rassistisch und antisemitisch geprägt. Noch stärker kam in ihrem Fall allerdings das Moment der religiösen Selbststilisierung zum Tragen. So verstanden ihre AnhängerInnen die BurInnen als wahres Volk Gottes, wohingegen Juden und Jüdinnen „Teufelskinder“ seien und Schwarze von Noahs zur Knechtschaft verdammtem Sohn Ham abstammten. Als Beleg dieser auf die Losung „My God – My Volk“ gebrachten Überhöhung des Burentums musste neben Bibelstellen der mythisch verklärte „Goße Treck“ herhalten. Die Sympathien der OB mit dem „Dritten Reich“ gingen so weit, dass die „Sturmjäger“ aus Protest gegen die probritische Haltung Südafrikas im Zweiten Weltkrieg Sabotageakte verübten. Die Regierung antwortete mit zahlreichen Verhaftungen, ohne die Untergrundaktivitäten stoppen zu können. Erst nach Kriegsende zerfiel die OB, auf den Rückzug van Rensburgs folgte 1952 die Auflösung. Viele Mitglieder hatten sich zuvor der Nationalen Partei (NP) angeschlossen, die sich nach einem Wahlerfolg 1948 als treibende Kraft beim Auf- bzw. Ausbau des Apartheidregimes erwies.

Der Apartheidstaat

Die vom NP-Premierminister Daniel François Malan (1874-1959) angeführte südafrikanische Regierung erweiterte und verschärfte zielstrebig die bereits bestehenden Gesetze zur „Rassentrennung“ und Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Zentrale Bedeutung kam hierbei dem „Population Registration Act“ von 1950 zu, der als gesetzliche Grundlage einer Einteilung aller in Südafrika lebenden Menschen in Weiße, Schwarze („Natives“) und Farbige diente. Bereits ein Jahr früher waren mittels des „Prohibition of Mixed Marriages Acts“, der unverkennbare Parallelen zu den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 aufwies, „Mischehen“ sowie sexuelle Handlungen zwischen Personen verschiedener Hautfarben verboten worden. Eine neue Stufe erreichte die räumliche Absonderung schwarzer



SüdafrikanerInnen mit ihrer 1950 startenden Zwangseinquartierung in Reservaten („Bantustans“), deren BewohnerInnen der Zugang zu den Institutionen des regulären Bildungswesens verwehrt blieb. 1970 eingeführte spezielle Staatsbürgerschaften unterstrichen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung zusätzlich. Sich mit Sondererlaubnis aus beruflichen Gründen in „weißen Gebieten“ aufhaltende Schwarze hatten der für zahlreiche Orte und Verkehrsmittel vorgeschriebenen „Rassentrennung“ Folge zu leisten. Auch in diesem Zusammenhang liegt der Vergleich zur schrittweisen Verdrängung jüdischer BürgerInnen aus dem öffentlichen Leben des „Dritten Reiches“ nahe. Anders als im Deutschland der NS-Zeit wurde jedoch in Südafrika auf eine vollständige Eliminierung von Formen parlamentarisch-demokratischer Entscheidungsfindung verzichtet. Die entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten boten sich allerdings nur weißen SüdafrikanerInnen. Letztere zeigten sich überwiegend an der Verteidigung ihrer politischen und sozialen Privilegien interessiert, weshalb alle einflussreichen gesellschaftlichen Organisationen inklusive der Niederländischen Reformierten Kirche das Apartheidregime stützten. Begehrten Schwarze gegen ihre Verdrängung und Entrechtung auf, reagierte der Staat mit Gewalt und Terror, so etwa bei der hunderte

Todesopfer fordernden Niederschlagung des Schüleraufstands von Soweto im Juni 1976. Mit einer Streikwelle konfrontiert, wusste sich Staatspräsident Pieter Willem Botha (1916-2006) 1986 nicht anders als mit der Ausrufung des nationalen Ausnahmezustands zu helfen, der zirka fünf Jahre aufrechterhalten wurde. Erst Bothas Nachfolger Frederik Willem de Klerk (geboren 1936) suchte den Dialog mit der Anfang 1990 nach knapp 27-jähriger Gefangenschaft entlassenen Leitfigur der schwarzen Freiheitsbewegung Nelson Mandela (geboren 1918) und läutete hiermit das Ende des Apartheidregimes ein. Im April 1994 wurden die ersten Parlamentswahlen unter Beteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit abgehalten.

|| fpf

Quellen:

Demny, Oliver, *Rassismus in den USA. Historie und Analyse einer Rassenkonstruktion*, Münster 2001. Gassert, Phi-lipp/Häberlein, Mark/Wala, Michael, *Kleine Geschichte der USA*, Stuttgart 2007. Kreiner, Josef (Hrsg.), *Kleine Geschichte Japans*, Stuttgart 2010. Marx, Christoph, *Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Paderborn 2004. Wippermann, Wolfgang, *Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute*, Darmstadt 2009.



Schluss mit der Lohnarbeit!

Das Lied «La vie s'écoule, la vie s'enfuit» hat seinen Anlass in den großen Streiks 1961 in Belgien. Die Lyrics stammen von Raoul Vaneigem, die Melodie von Francis Lemonnier. 1974 erschien das Lied auf dem Album «Pour en finir avec le travail» (Schluss mit der Lohnarbeit). Damals wie heute erinnert uns das Lied daran, dass der Zwang zur Lohnarbeit – zur Verschwendung unserer Lebenszeit im Dienste von Ausbeutung und Entfremdung – die Grundlage des kapitalistischen Systems ist. Ein System, in dem unsere kreativen und produktiven Fähigkeiten gegen uns selbst und unsere Umwelt gewendet und in Mittel der sozialen und ökologischen Zerstörung verwandelt werden. Ein System, in dem es stets irgendwelche Parteien, Führer und Bürokratien gibt, die selbst aus unserem Aufbegehren noch Kapital schlagen wollen. Der Kapitalismus ist aber kein unausweichliches Verhängnis, sondern ein von uns Menschen gemachtes Verhältnis. Deshalb sind wir gemeinsam jederzeit in der Lage, ihn durch eine Gesellschaft ersetzen, in der jede nach ihren Fähigkeiten und jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann. In dieser so anderen Gesellschaft, dem Libertären Kommunismus, werden wir keine ArbeiterInnen mehr sein müssen, weil wir gemeinsam Lohnarbeit, Ausbeutung und Entfremdung auf dem Müllhaufen der Geschichte beerdigt haben werden.



www.fau.org

Mehr als nur Gewerkschaft

*Das Leben rauscht an uns vorbei
(La vie s'écoule, la vie s'enfuit)*

*Das Leben rauscht an uns vorbei,
Es flieht im trüben Einerlei.
Jede Partei und jeder Staat
Macht Revolution zum Verrat.*

*Arbeit bringt Lohn, Arbeit bringt Tod.
Zeit gibt's im Sonderangebot.
Verlorn die Zeit, die man erwirbt,
Sie ist's, an der die Jugend stirbt.*

*Das Aug, um wahres Glück geprellt,
Spiegelt den Schein der Warenwelt,
Wo Traum und Wirklichkeit vergehn
Sind es nur Bilder, die wir sehn.*

*Die Toten der Vergangenheit
Geben uns Lebenden Geleit.
Im Alten bricht das Neue an
Und tritt gewaltsam auf den Plan.*

*Weg mit der Macht der Religion,
des Kapitals und der Nation.
Die Stürme, die der Wind entlässt,
entladen sich als Freudenfest.*

*Womit man uns an Waffen droht,
Es bringt den Bossen selbst den Tod.
Niemand soll uns je mehr regieren,
von unsern Kämpfen profitiern.*

Text: Raoul Vaneigem | Übertragung ins Deutsche: Michael Halfbroök
Musik: Francis Lemonnier. Die Interpretation von 1974 findet sich u. a.
bei <http://audio.plusloin.org/plusloin/laviesecoule.mp3>

Das Märchen vom Atomausstieg

Ich habe schon 1979 gegen das AKW in Brockdorf demonstriert. Und habe es ertragen, die folgenden 32 Jahre im Schatten dieses Mailers und der immer vorhandenen Gefahr eines GAU zu leben. Im Laufe dieser Jahre verdrängte die Öffentlichkeit die Gefahr, so dass die Behörden heute für einen Unfall wie in Fukushima mit seit 10 Jahren abgelaufenen Jodtabletten, einem einzigen Rettungswagen und in der Öffentlichkeit unbekanntem Notfallplänen gerüstet sind.

Heimlich still und leise machten alle Regierungen seit 1979 eine Politik für die Bonzen gegen die Interessen der Öffentlichkeit, egal, ob nun die SPD oder die CDU den Kanzler oder die Kanzlerin stellte. Die Verpflichtung des Eigentümers, auf eigene Kosten dafür zu sorgen, dass sein zum Abfall gewordenes, nicht mehr zur Produktion verwendbares Eigentum entsorgt wird, wurde ganz einfach aufgehoben. Die Selbstverständlichkeit, mit der jeder Autobesitzer aufgerufen ist, sein defektes und nicht mehr zu reparierendes Auto nicht einfach irgendwo stehen zu lassen, sondern für seine Entsorgung auf einem Schrottplatz zu bezahlen, galt nicht für die Atomindustrie.

Weder die Entsorgung der Abfälle des laufenden Betriebes noch der Abbau aller verstrahlten Teile der vom Netz genommenen Mailer war Sache der milliardenschweren Eigentümer der Atomkraftwerke. Diese Kosten hatte die Öffentlichkeit aus Steuermitteln zu bezahlen.

Die Gewinne flossen den Betreibern zu, die Kosten der Entsorgung dagegen wurden unter allen Steuerzahlern sozialisiert. Was in der chemischen Industrie Stoff für zahlreiche Skandale war, wenn eine Firma ihre Abfälle auf Kosten der Allgemeinheit illegal irgendwo entsorgte, ist in der Bundesrepublik Grundprinzip staatlicher Energiepolitik.

Der teure Atomstrom wurde so konkurrenzlos billig. Eine auf fossilen und daher endlichen Vorräten wie die herkömmliche auf Kohle, Gas und Erdöl basierende Industrie, die aus Uran Strom erzeugte, durfte sich als grüne nachhaltige Technik unerschöpflicher Energie darstellen, welche vorgeblich die Umwelt weniger belastete als mit Kohle, Gas oder Erdöl betriebene Kraftwerke. Mehr noch, durch diese Politik wurde es unrentabel, alte, mit Uran und Plutonium befeuerte Mailer durch Mailer der zweiten und dritten Generation zu ersetzen, die andere zu spaltende Ausgangsmaterialien verwenden, welche nicht als Abfall Millionen Jahre strahlen. Sondern es war rentabel, die erste Generation von Mailern der Technik der sechziger und siebziger Jahre bis zu 50 Jahre und länger laufen zu lassen. Wer daher wirklich für Atomkraft auf der Höhe der Erkenntnisse von 2011 und nicht 1970 eintrat, konnte sich eigentlich nur in die Reihen der Atomkraftgegner einreihen, die für eine sofortige Abschaltung aller Mailer der ersten Generation von Atomkraftwerken eintraten.

Die für die Grünen und das Bündnis90 der früheren DDR unangenehme Wahrheit lautet, dass es einer Regierung unter Gerhard Schroeder und Joschka Fischer oblag, der Atomindustrie ihre privaten Gewinne zu Lasten der Allgemeinheit gesetzlich zu garantieren. Ohne die Milliarden an Kosten der Entsorgung der Abfälle der Atomindustrie zu Lasten aller Steuerzahler einzubeziehen wurde jedem Atomkraftwerk ein Kon-

Von der FAU Moers herausgegebenes großformatiges DIN A1 Plakat. Unter dem Titel „Schluss mit der Lohnarbeit“ enthält es einen kurzen erläuternden Text sowie eine Übertragung des berühmten Liedes „La vie s’écoule, la vie s’enfuit“ des belgischen Situationisten Raoul Vaneigem ins Deutsche. Das auffällige und aufwändig gestaltete Plakat kann bezogen werden über den Syndikat-A Medienvertrieb in Moers.

Das französische Original des Liedes findet sich u.a. bei

<http://audio.plusloin.org/plusloin/laviesecoule.mp3>

(In der Fassung von 1974),

<http://biname.propagande.org/mp3/ltp-1.mp3> (Interpretation der belgischen anarchistischen Post-Punk-Gruppe René Binamé) oder

<http://www.filestube.com/45ddeb74006636e703ea/details.html>

(Interpretation der Mambassa Blouz Band).

Parallel zur Herausgabe des Plakates sind verschiedene Bands und Interpreten angefragt, ob sie eine Interpretation des deutschen Textes einspielen wollen.

tingent von Gigawattstunden Strom zugesprochen, die der Betreiber auf Kosten der Allgemeinheit in diesem Werk produzieren durfte. War dem Betreiber dies durch technische Probleme nicht im Werk möglich, so durfte er sein Kontingent auf andere Atomkraftwerke übertragen, die so entsprechend länger am Netz blieben, bis die Milliarden an Gewinn pro Kilowattstunde bis auf den letzten Cent privatisiert waren. Diese Subvention der Atomindustrie zu Lasten der Steuerzahler verkauften Fischer und Schröder dann als erfolgreichen Atomausstieg. Dabei wurde übersehen, dass jede Wartungspause, jede Nachrüstung der in die Jahre gekommenen Mailer und auch jeder größere oder kleinere GAU, durch welchen ein AKW nicht am Netz war, die Laufzeiten aller Mailer über das Jahr 2022 verlängerte.

Die Regierung Merkel setzte anfänglich die Politik von Fischer und Schröder fort, indem noch längere Laufzeiten der alten Atomkraftwerke und damit noch höhere Gewinne der Atomlobby garantiert wurden. Es sollten noch mehr Milliarden zu Lasten der Allgemeinheit in den Taschen der Bonzen und Geldanleger privatisiert werden. An diesem Reibach wollte der Staat jedoch durch eine Brennelementesteuer mitverdienen. Und wie immer war die Entsorgung der strahlenden Altlasten der Atomindustrie nicht Sache der Betreiber, sondern Aufgabe des Staates aus Steuermitteln. Dadurch blieb der Atomstrom weiter subventioniert billig, da die Kosten der bis heute ungeklärten Entsorgung der Abfälle der Atomindustrie aus den Mailern der ersten Generation nicht in den Preis pro Kilowatt Atomstrom einfließen. Der billigere Strom aus Sonne, Wind und Biogas dagegen schien für die Öffentlichkeit weiter teurer zu sein als der Atomstrom, da die Betreiber dieser Anlagen für die Entsorgung ihrer Abfälle sowie für die Versicherung gegen Unfälle selber zu sorgen hatten.

Eine von der Atomindustrie in den USA ins Leben gerufene pseudowissenschaftliche Bewegung, die im vom Menschen erzeugtem CO₂ den einzigen Grund für die Erwärmung des Klimas zwischen 1974 und 1998 sah und damit Kohlekraftwerke sowie Gaskraftwerke zu Gunsten der angeblich sauberen Atomindustrie diskreditierte, trug dazu bei, Ziele des Klimaschutzes zu formulieren, die international nur durch den Bau neuer Atomkraftwerke zu erreichen sind. Einen Beweis, dass CO₂ klimaschädlich sei sowie dass allein der mensch-

liche Ausstoß von CO₂ und nicht etwa natürliche Prozesse der Sonnenaktivität, der Entwicklung in den Ozeanen und der Wolkenbildung für die Klimaerwärmung von 1974 bis 1998 verantwortlich sind, blieb man jedoch schuldig. Der Öffentlichkeit wurde suggeriert, es habe vor dem Eingriff des Menschen in das Klima eine mehr oder weniger stabile Klimaentwicklung auf dem Niveau der kleinen Eiszeit um 1800 gegeben. Es wurde bestritten, dass es zur Zeit der Römer in den Alpen schon einmal keine Gletscher gab. Die seriöse Eiskernforschung in Grönland wurde als falsch hingestellt, der zufolge sich periodisch Warmzeiten und Kaltzeiten in den letzten 100.000 Jahren abwechselten und beispielsweise auf Grönland um 1200 nach Christus Kornanbau im heutigen Nuuk möglich war. Wer sich dieser Meinung, die seriöse Klimaforschung sei falsch, nicht anschloss, den suchten die selbsternannten Klimafachleute aus dem Amt zu mobben.

Inzwischen fallen die Klimamesswerte wieder. Und die Untergangspropheten der allein vom Menschen verschuldeten Klimaerwärmung beeilen sich, von 10 Jahren fallenden Klimawerten zu reden, bevor es erneut zu einer Überhitzung des Planeten Erde kommen soll. Merkwürdig bleibt, dass sich weder der Ölpreisschock 1973, das totale Flugverbot im Luftraum der USA 2001 noch das Flugverbot im Luftraum Europas 2010 durch eine mehr oder weniger starke Abweichung im beständigen Anstieg des CO₂ in der Lufthülle der Erde nachweisen lässt. Eine solche mehr oder minder deutliche Abweichung muss es jedoch geben, wenn das vom Menschen erzeugte zusätzliche CO₂ maßgeblich für die Klimaerwärmung verantwortlich wäre oder zu dieser Klimaerwärmung beigetragen hätte. Ein Fehlen eines Einbruches im Anstieg des CO₂ deutet vielmehr an, dass der Einfluss des Menschen auf das Klima der Erde eher gegen Null tendiert.

In dieses für die Atomlobby günstige Klima, in der sich die Atomindustrie weltweit als angeblich ökologische Technik, um klimaschädliche Emissionen an CO₂ zu vermeiden, zu Lasten der Betreiber von Kohlekraftwerken empfehlen konnte, platzte der GAU in Japan. Wenige Monate zuvor hatte die japanische Regierung unter Bezugnahme auf die Klimaziele die Laufzeit aller Atommailer um 10 Jahre verlängert. Gleichzeitig hatte man den Bau neuer Atomkraftwerke der ersten Genera-

tion angekündigt. Selbst Dubai und Bangladesh kündigten an, ihre künftige Stromversorgung durch den Bau von Atomkraftwerken der ersten Generation mit Blick auf die Klimavorgaben ökologisch sicherzustellen. In der Volksrepublik China wurden 40 Atomkraftwerke der ersten Generation geplant oder schon gebaut und auch die Regierung der USA wollte die Anzahl ihrer Atom-maler der ersten Generation noch drastisch ausbauen.

Die Anzahl der Atom-maler der ersten Generation, die geplant oder im Bau befindlich waren, nahm vor Fukushima bedrohlich zu, obgleich die Uranvor-räte weltweit zur Neige gingen und die Frage eines Endlagers der noch Millionen Jahre radioaktiven Ab-falls der Atomindustrie weltweit völlig ungeklärt war. Unter dem Mantel des angeblichen Klimaschutzes planten selbst Länder den Bau von Atomkraftwerken, die entweder noch kein AKW hatten oder sich bereits vor Jahrzehnten aus dem Atomzeitalter verabschiedet hatten. Beispielsweise war Italien 1987 nach Tschernobyl schon einmal aus der Atomkraft per Volksab-stimmung ausgestiegen. Seinerzeit wurden die 4 itali-enischen Atomkraftwerke stillgelegt. 2009 kürzte die Regierung die Subventionen für den Solarstrom und setzte sich in Hinblick auf die Klimaziele für den Bau mehrerer Atomkraftwerke mit der Hilfe von Frank-reich ein. Am 13.06.2011 votierten 90 Prozent der Ita-liener in einer Volksabstimmung gegen den Bau neuer Atomkraftwerke und für einen erneuten Atomausstieg.

Merkel sah endgültig ihre Felle wegschwimmen zugunsten zahlreicher Wahlsiege der Grünen, die möglicherweise sogar eine Kanzlerin Künast nach der näch-sten Bundestagswahl stellten, würde die CDU weiter an ihrer Politik zugunsten der angeblich ökologischen Technik der Atomkraft zur Vermeidung von Emissionen an CO₂ festhalten. Über Nacht gab man sich erschüttert, als sei es eine völlig neue Erkenntnis, dass Unfälle gerin-ger Wahrscheinlichkeit gelegentlich eintreten. Plötzlich war die Regierung Merkel angeblich gegen Atomkraft.

Möglicherweise trugen auch die Skandale um er-wiesene Irrtümer und falsche Messergebnisse der Bewe-gung der allein vom Menschen gemachten Klimaerwär-mung sowie die Tatsache, dass deren Rechenmodelle keine 10 Jahre andauernde Abkühlung des Planeten Erde vorhersagten, dazu bei, die Atomkraft als Rettungsan-

ker vor der Überhitzung des Planeten Erde fallen zu las-sen. Ohne es wirklich zu wollen, hatte diese Bewegung der internationalen Industrie ja eine Atempause von 10 Jahren Abkühlung der Erde eingeräumt und damit ihr früheres Geschrei, aufgrund der fehlenden weltweiten Einigung zur Vermeidung von Emissionen von CO₂ in Kopenhagen sei jetzt der Weltuntergang durch den Hitzetod der Erde beschlossene Sache, ad absurdum ge-führt. Merkel war klar, dass das Klima der Erde nach 10 Jahren Abkühlung erst wieder die Werte von 1998 errei-chen muss, um für die menschliche Zivilisation bedroh-lich zu werden. Es war deshalb möglich, die Klimaziele zu lockern und eine weltweite Einigung über die Ver-meidung von Emissionen an CO₂ für die nächsten 10 bis 20 Jahre zu vertagen, sollte nach 10 Jahren Abküh-lung wirklich wieder eine Klimaerwärmung einsetzen.

Die Regierung legte das Jahr 2022 als Ausstiegsda-tum aus der Atomkraft gesetzlich fest. Jedes AKW dürf-te so nur noch maximal bis 2022 laufen. Doch der lan-ge Schatten des Kanzlers der Bosse, Gerhard Schröder, wurde damit spürbar. Man gab der Atomindustrie die Möglichkeit, vor Gericht die von der Regierung Schröder gegebene Garantie einzuklagen, durch den Verkauf der gesetzlich zugesicherten Kontingente an Gigawattstun-den Strom mit den verbliebenen Atomkraftwerken wirk-lich die Milliarden Euro abschöpfen zu können, die ihnen die SPD und die Grünen der Regierung Schröder zuge-sprochen hatten. Alles andere würde rechtlich auf eine indirekte und unbegründete Enteignung hinauslaufen.

Entweder wird es in den kommenden Jahren rich-tig teuer, wenn der Staat den Betreibern der Atom-kraftwerke ihre entgangenen Gewinne ersetzen muss. Oder die verbliebenen Atom-maler müssen über das Jahr 2022 am Netz bleiben, da die alten Atomkraft-werke vom Netz genommen wurden, um ihre Kontin-gente an Gigawattstunden Strom und die aller vom Netz genommenen Kraftwerke abzuarbeiten. Je weni-ger Atomkraftwerke am Netz sind, umso länger wer-den die verbliebenen Kraftwerke laufen müssen. So wird das AKW, welches die FDP als Reserve durch-setzte, wohl noch in 100 Jahren im Betrieb sein. Der Atomausstieg ist daher wieder einmal eine Vorspie-gelung falscher Tatsachen für das dumme Wahlvolk.

|| Nico Mynona



Novi Sad (Serbien): Festival of Selforganization/ Festival Samoorganizovanja

Wann: 21.08.-02.09.2011 | **Wo:** Novi Sad, Serbia

Das Festival umfasst drei Bereiche:
21.08. – 25.08.: DIY-Workshops und Filme
26.08 – 28.08.: Internationales Aktivist_innen-Wochen-
ende: Lesungen, Workshops, Diskussionen, Austausch
zur Strategie und Anarcho-feministische Buchmesse
29.08 – 02.09.: Seminar zu Konsensent-
scheidungen, Gewaltfreie Kommuni-
kation, Grundlagen der Organisierung

Mehr Infos: www.organizujse.org/en/about.html

Kontakt: info@organizujse.org ■

Berlin: Woche der Widerspenstigen

Wann: 09.-18.09. | **Wo:** Berlin (verschiedene Orte)

Dieses Jahr jährt sich die Hochzeit der Hausbesetzer_innen- und Kollektivbewegung zum 30ten Mal. Wir, ehemalige Besetzer_innen und Kollektivist_innen aus den 80ern und Aktivist_innen von heute, wollen mit „Alten“ und „Jungen“ zusammen die damaligen Erfahrungen kritisch beleuchten und den Austausch anregen; eine Brücke zwischen „damals“ und „heute“ schlagen. Wir wollen uns kennen lernen, austauschen, zusammen tabulos streiten, besser vernetzen, lachen, staunen, in Frage stellen, tanzen und gemeinsam vorwärts gehen. Wir wollen aktuell existierende Ansätze und Initiativen einem größeren Kreis bekannt machen und alle potentiell Aufsässigen zum Mitmachen aufrufen.

Mehr Infos:

ssl-id.de/geschichte-wird-gemacht.net/blog/ ■

Dresden: Libertäre Tage Dresden 2011

Wann: 17.-24.09. | **Wo:** Dresden (verschiedene Orte)
Eine volle Woche lang organisierte das Libertäre Netzwerk Dresden Vorträge, Workshops, Diskussionen, Demos, Straßenfeste rund um das Thema Anarchismus.

Mehr Infos: utopienentdecken.blogspot.de/ ■

St. Pölten (Österreich): Queer-Feministische-Ver- netzungswoche

Wann: 19.-25.9.2011

Wo: LAMES Gelände (<http://blog.lames.at/>) St. Pölten
Falls du keine Lust hast dich an der Organisation zu beteiligen, dir aber vorstellen könntest einen Workshop, einen Vortrag, eine Performance, eine Diskussion oder einen Film(abend) zum Thema Queer oder Feminismus zu machen, freuen wir uns sehr über eine E-Mail von dir, mit einer kurzen Beschreibung von dir/euch und dem was du geplant hast.

Mehr Infos: queerfem2011.blogspot.eu

Kontakt: vernetz2@kukuma.info ■

Berlin: Der Papst in Berlin? What the Fuck!

Wann: 22.-23.9.2011 | **Wo:** (siehe Webseite)

Gegen Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und den ganzen anderen Scheiß – Für die befreite Gesellschaft und die Emanzipation der Individuen aus all ihren Zwängen!!!

Mehr Infos: whatthefuck.blogspot.de ■





Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: <http://www.fda-ifa.org>

IFA: <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin

Kontakt: afb@riseup.net

<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim

Kontakt: info@anarchie-mannheim.de

<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

Antinationale Offensive Saarbrücken

Kontakt: antinationale@gmx.de

<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein

Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden

Kontakt: linetdd@riseup.net

<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg

Kontakt: lb-hoch2@riseup.net

<http://lblb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz

www.karakok.org

Kontakt: laydaran@immerda.ch



Inhalt

- 2 Editorial**
- 3 Keinen Staat, sondern Räte wollen wir!
Selbstdarstellung der Anarchistischen Gruppe /
Rätekommunisten**
- 5 Kollektive Ökonomien und selbstbestimmte Projekte**
- 11 Freistoss für die Anarchie!
Fussball für Anarchist*innen!!**
- 13 Interview: StandUp-Cup**
- 15 Was ist Faschismus? #5.2**
- 24 Plakat: Schluss mit der Lohnarbeit!**
- 25 Das Märchen vom Atomausstieg**
- 28 Termine**
- 29 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen**